

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Redaktion 3141.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 134.

Donnerstag, den 11. Juni 1908.

19. Jahrgang.

Nach der Urwahl.

Das vorläufige Endergebnis

Der Landtagswahlen, wie es vom offiziellen Wolff'schen Bureau bekannt gegeben wurde, zeigt deutlich, daß abgesehen von dem Eintritt der Sozialdemokratie in das Abgeordnetenhaus eine wesentliche Verschiebung der Parteiverhältnisse dort nicht eingetreten wird. Sicherem Gewinn weichen nur die Parteien außerhalb des Blocs auf: das Zentrum (bisher 96) wird mit den Stichwahlen wohl auf über 100 Mandate steigen, es hat jetzt schon vier Mandate gewonnen, die Polen gewonnen 2 (15 statt bisher 13 — auch ein Erfolg der preussischen Polenpolitik!), die Sozialdemokratie 8 bis 8. Die Nationalliberalen (bisher 26) mühten von 16 Stichwahlen zu bestehen, um nur ihren alten Bestand zu erreichen. Den Freisinnigen fehlen zu der bisherigen Mandatziffer (33) noch vier Mann, ob sie die bei den 7 Stichwahlen, in denen sie stehen, noch herauschlagen können, muß sich zeigen. Die beiden konservativen Fraktionen haben von ihren bisherigen 205 Mandaten schon 198 gesichert; außerdem stehen sie in 11 Stichwahlen. So kann die „Kreuzzeitung“ in ihrer Sonntagnummer feststellen, daß der liberale „Ansturm“ überall zurückgeschlagen ist. „Die Liberalen sind leinlaut geworden“, schreibt sie höhnisch; sie vergleicht sie mit den Franzosen im Jahre 1870 und fragt: „Wie wird es nun mit der Liberalisierung Preußens?“ Dennoch wird wenigstens den geirenen Freisinnigen einiger Balsam auf die Wunden geträufelt: „Wir müssen bekennen, daß die freisinnigen Wahlagitatorien im allgemeinen erheblich würdiger und anständiger waren, als die nationalliberalen.“ Die Volkspartei wird bald rechts vom Nationalliberalismus stehen!

Von einer Uebertragung der „Blockpolitik“ auf Preußen wollen die Junker natürlich nichts wissen. Hier können sie ohne Hilfskräfte regieren. Auch die nationalliberale Wahlreform wird von ihnen glatt abgelehnt. Wenn aber die „Kreuzzeitung“ behauptet, die Konservativen verhandeln ihren Erfolg dem „hohen Maß von Vertrauen“, das ihnen „das Volk“ erwiesen, so sieht man daraus, daß selbst sie ohne die Lüge, die Dreiklassenwahlen spiegeln den Volkswillen wider, und das preussische Abgeordnetenhaus sei wirklich eine Volksvertretung, nicht leben kann.

Die Berliner Kannibalen.

Endlich kommt auch das Organ der Regierung, die „Nordb. Allgem. Zeitung“, auf das Ergebnis der Landtagswahlen zu sprechen, sie widmet ganze drei Spalten dem Sieg der Sozialdemokratie, den sie teils auf „demokratische Vorkämpfer“ des Dreiklassenwahlrechts, teils auf den „Terrorismus“ zurückführt. Sie schildert die Angst der kleinen Geschäftsleute, die sich aus Furcht vor dem Boykott nicht getraut hätten, gegen die Sozialdemokratie zu stimmen, worüber die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses das Nähere dartun würden. Und fährt fort:

Denn es kann keiner bürgerlichen Partei gleichgültig sein, die künftige Vererbung um ein Mandat in Behnen geleitet zu sehen, die aus glücklichen Verhältnissen herauslenken müssen und die staatsbürgerlichen Rechte weiter Kreise gefährden, sogar illusorisch machen. Noch genügt es nicht, daß der sozialdemokratische Uebermut und die Herzlosigkeit der „Reiblichen“ das Bedürfnis empfinden, sozialen Kannibalismus zu treiben.

Der Staat ist nicht herzlos, wenn er dekretiert, daß jeder, der sozialdemokratisch wählt, aus seiner Stellung fliegt. Die Unternehmer sind nicht herzlos, wenn sie durch schwarze Listen die „staatsbürgerlichen Rechte weiter Kreise gefährden“, aber wenn die Arbeiter zur Nothwehr greifen, um der stärksten Partei des Staates wenigstens eine winzige Vertretung im preussischen Landtag zu verschaffen, dann sind sie nicht bloß herzlos, sondern sogar Kannibalen, d. h. auf deutsch Menschenfresser.

Man weiß nicht, ob man die Heuchelei der staats-erhaltenden Presse mehr bewundern soll oder die absolute Fresshaftigkeit, mit der sie durch Aufstichung solcher Menschenfressergeschichten, ihre Leute noch mehr verängstigt. Das alberne Angstgeschrei über den sozialdemokratischen Terrorismus (z. B. die Hauswirth verlor mit einem Schläge ihre Mieter, wenn sie antisozialdemokratisch wählten) hat schon bewirkt, daß zahlreiche freisinnige Wahlmänner von Berlin ihre kaum gewonnenen Mandate noch vor der Abgeordnetenwahl vor Schreck wieder fallen ließen, und daß in den weitesten Kreisen eine ganz außerordentliche Vorstellung von der Macht der Sozialdemokratie entstand. In diesem Falle also arbeitet die „Nordb. Allg. Ztg.“ wirklich nur für uns.

Sieber mit Kröcher als mit Barth!

Die „Fränkische Tagespost“ hat Kenntnis von der Äußerung gegeben, die in Berliner freisinnigen Kreisen durch das Gerücht entstanden ist, die Sozialdemokratie wolle durch ihre Taktik den Freisinn zwingen, sich zwischen Konservativen und Barthianern zu entscheiden. Daran anknüpfend wirft das „Berl. Tageblatt“ die Frage auf, ob nicht durch die Aufstellung sozialliberaler Kandidaten in Halle-Perleberg-Bietrow eine Konstellation geschaffen werden könnte, durch die der Kreis mit Hilfe der Sozialdemokratie den Konservativen entrisse und ehrlichen Wahlrechtsfreunden zugewendet werden könnte. Die „Freis. Ztg.“ bemerkt dazu: „Uns fehlt der parlamentarische Ausdruck zur Kennzeichnung dieses anmaßenden Antrags.“ Sieber drei Dugend Kröcher als einen Barth!

Lächerliche Pläne.

Die nationalliberale „Nationalzeitung“, die sich bemüht, als ein anständiges Blatt zu sterben, findet sich genötigt, ein Mandat aufzugeben, das anscheinend in staats-erhaltenden Kreisen eifrig erwogen wird, und dessen Zweck es ist, die sozialdemokratischen Wahlsiege von Berlin durch Betrug junichte zu machen. Sie veröffentlicht folgende Mitteilung:

Ich war gestern in der Stadtbahn unheimlicher Zuhörer eines Gesprächs, in dem zwei Herren sich über die Wahl von Sozialdemokraten in Berlin aufhielten und der eine von ihnen sich damit zu trösten suchte, die Sache wäre ja noch nicht erschieden, es wäre immerhin möglich, daß vom Wahlvolke genügend sozialdemokratische Wahlmänner erwählt für ungültig erklärt würden, um den Sozialdemokraten die Mehrheit zu nehmen.

Die „Nationalzeitung“ meint zwar dazu, es müsse selbstverständlich sein, daß die Prüfung der Wahlmännermandate „in strengster Objektivität ohne Rücksicht auf die Partei oder die Person erfolgt“, doch würde sie jener Zurschrift schwerlich Raum gegeben haben, hätte sie nicht Grund zu der Annahme, daß der geheimnisvolle Passagier nicht eben aus dem hohen Faß geredet habe.

Ein anderer Plan, die Opposition im Dreiklassenhaus möglichst zu ersäen und zu erbrüden, wird in der konservativen Presse mit großer Ungeniertheit diskutiert. Ziemlich unverblümt wird die Meinung ausgesprochen, es sei am besten, die kleine sozialdemokratische Fraktion so wenig als möglich zum Wort gelangen zu lassen. Dazu ist zu bemerken: Das Abgeordnetenhaus befindet sich vorläufig noch in der Prinz-Albrechtsstraße der preussischen Hauptstadt Berlin. Die gewählten Sozialdemokraten sind zum großen Teile zunächst die Vertreter der hauptstädtischen Bevölkerung, dann auch die Vertreter von fast zwei Millionen preussischer Staatsbürger. Sie stehen mit den Massen der Berliner Bevölkerung im engsten Kontakt, was man ja von den übrigen preussischen „Volksvertretern“ gerade nicht behaupten kann. Hat man also die Absicht, diese Bevölkerung in der Person ihrer Vertreter mundtot zu machen, so empfiehlt es sich dringend, den Sitz des preussischen Landtags wie im Jahre 1848 wieder nach — Dr a n d e n b u r g zu verlegen.

Der Kampf um Berlin.

Der 10. Juni ist für Berlin ein Tag der Wahlmänner-Stichwahlen, dessen Ausgang über das Schicksal einiger Kreise erst Gewißheit bringen wird. Vier Berliner Stadtkreise, die auch den Gegnern als sicherer Besitzstand der Sozialdemokratie gelten, kommen dabei wenig in Betracht. Das Interesse konzentriert sich auf den siebenten Wahlkreis, wo die Gegner vorläufig an einen sicheren sozialdemokratischen Sieg noch nicht glauben wollen, auf den zwölften, wo die Sozialdemokratie, ihr selbst ganz unerwartet, vom Siege nicht sehr fern scheint, auf Hildorf-Schöneberg, das ähnlich wie der siebente Kreis der Sozialdemokratie als ziemlich sicher gilt, wo aber von bürgerlicher Seite letzte Anstrengungen zu Gunsten des blockfreisinnigen Kandidaten unternommen werden sollen, und schließlich auf Teltow-Beeskow, wo es sich entscheiden soll, ob am 16. Juni die freisinnig-nationalliberale oder die sozialliberal-sozialdemokratische Kompromißliste zur Stichwahl mit den Konservativen gelangen soll.

In zwei Kreisen, die schwer von der Sozialdemokratie „bedroht“ erscheinen, in Hildorf-Schöneberg und im zwölften Berliner, haben die drei Blockparteien ein förmliches Abkommen getroffen, sich gegenseitig bei den Wahlmänner-Stich-

Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki

Einzig autorisierte Uebersetzung von Adolf Seb.

24]

(Nachdruck verboten.)

„Nein, ich habe im Gefängnis gegessen!“ erwiderte das Mädchen lächelnd. „Mit Nikolai Swanowitsch zusammen, er-innern Sie sich seiner noch?“
„Wie sollte ich nicht!“ rief die Mutter. „Gestern hat Jegor Swanowitsch mir gesagt, er sei frei gelassen.“ Von Ihnen wußte ich nichts. Niemand hat mir gesagt, daß Sie im Gefängnis seien.“

„Was ist auch darüber zu reden? ... Ich muß mich aber umkleiden, bevor Jegor Swanowitsch kommt“, sagte das Mädchen um sich blickend.

„Sie sind ganz durchdrängt.“
„Ich habe Fluschkisten mitgebracht.“
„Geben Sie her, geben Sie herher!“ rief die Mutter schnell.

„Sofort.“
Das Mädchen knöpfte ihren Mantel auf, schüttelte sich, und wie Blätter von einem Baume, fielen rauschend ganze Bogen Papier auf den Fußboden. Die Mutter hob sie lächelnd auf und sagte:

„Ich wunderte mich schon, wie wohlbeleibt Sie waren; ich glaubte, Sie wären verheiratet und erwarteten ein Kindchen. ... O, was haben Sie für eine Menge mitgebracht!“

Sascha stand jetzt wieder schlant und zart wie vordem da. Die Mutter sah, daß ihre Wangen eingefallen und die Augen übermäßig groß waren, und dunkle Flecken unter ihnen lagen.

„Sie sind eben erst freigelassen.“ ... da sollten Sie sich ausruhen, und nun tragen Sie solche Last neben Wert weit.“ meinte die Mutter mit einem Seufzer und schüttelte den Kopf.

„Das muß einmal sein!“ antwortete das Mädchen zitternd. „Sagen Sie, wie steht es mit Pawel?“ ... hat es ihn nicht zu sehr aufgeregt?“

Bei ihrer Frage blickte Sascha die Mutter nicht an; sie hatte den Kopf gesenkt und ordnete mit zitternden Fingern ihr Haar.

„O nein!“ erwiderte die Mutter. „Er wird sich nicht beraten.“
„Er hat doch eine gute Gesundheit?“ fragte das Mädchen leise.

„Er ist nie krank gewesen!“ antwortete Frau Wassow mit einem Seufzer. „Aber Sie zittern ja am ganzen Leibe. Ich bringe Ihnen Tee mit Himbeerlakt.“

„Das wäre schön! Aber ich mache Ihnen Mühe? Es ist schon spät. Lassen Sie mich selbst.“

„So müde wie Sie sind?“ gab die Mutter lachend zurück und machte sich beim Samowar zu schaffen. Sascha trat ebenfalls in die Küche, setzte sich dort auf die Bank, legte die Hände an den Kopf und sagte:

„Ja ... das liebe ich sehr! Der Aufenthalt im Gefängnis macht doch schwach. Diese dumme Unfähigkeit! Es gibt nichts Quainteres. Man sieht wie ein wildes Tier im Käfig.“

„Das dörrt einem das Herz aus.“
„Wer belohnt Sie für das alles?“ fragte die Mutter. Und mit einem Seufzer gab sie selbst die Antwort:

„Niemand als Gott! Aber Sie glauben wohl auch nicht an ihn?“

„Nein!“ erwiderte das Mädchen kurz mit einem Kopfschütteln.

„Und ich will Ihnen nur sagen, daß ich Ihnen nicht glaube!“ erklärte die Mutter plötzlich aufgeregt. Dann rief sie ihre mit Kohlenstaub beschmutzten Hände schnell an der Schürze ab und fuhr in heftiger Ueberzeugung fort:

„Ich verstehe ja selbst euren Glauben nicht! Wie können Sie ohne Glauben an Gott ein solches Leben führen?“

Im Fluor trat jemand laut auf und lehrte dann um; die Mutter sah zusammen, das Mädchen sprang schnell auf und küßerte hastig:

„Oeffnen Sie nicht! Wenn das Gendarmen sind ... können Sie mich nicht ... ich hab' mich im Haus geirrt ... bin zufällig zu Ihnen gekommen, in Ohnmacht gefallen, Sie haben mich entdeckt, die Blätter gefunden. Verstehen Sie?“

„Nein liebes Kind ... Warum?“ fragte die Mutter gerührt.

„Warten Sie einmal!“ sagte Sascha hörend. „Das scheint Jegor.“

Er war es. Rasch und vor Müdigkeit schwer atmend, trat er in die Küche ein.

„Ah! Der Samowar.“ rief er. „Das ist das Allerhöchste im Leben, beste Frau. Sie schon hier, Sascha?“

„Indem er die kleine Küche mit seiner kreischenden Stimme erfüllte, zog er langsam den schweren Rock aus und redete dabei ununterbrochen.“

gegessen, aus welchem Grunde sie beinahe alle zarten Tiere von sich gestreckt hat. — Nicht übel, was ich für ein Wäckerlein habe, wie?“

Schwägend und mit seinen kurzen Händen den unförmigen Hängebauch stützend, trat er ins Zimmer, schloß die Tür hinter sich und redete immer weiter.

„Haben Sie wirklich acht Tage lang nichts gegessen?“ fragte die Mutter erstaunt.

„Das mußte ich doch, damit er sich bei mir entschuldigte!“ erwiderte das Mädchen, die Nägel zuckend. Ihre Ruhe und Hartnäckigkeit machten auf die Mutter den Eindruck eines Vorwurfs.

„So!“ dachte sie und fragte dann wieder: „Wenn Sie nun aber gestorben wären?“

„Was ist dabei zu machen!“ antwortete das Mädchen leise. „Er hat sich doch entschuldigt. Man darf sich keine Kränkungen gefallen lassen.“

„Ja ...“ erwiderte die Mutter gedehnt. „Unter- eins wird sein ganzes Leben gekränkt.“

„Ich habe abgeladen!“ erklärte Jegor, die Tür öffnend. „Der Samowar fertig?“ Erlauben Sie, ich bringe ihn hin.“

Er hob den Samowar auf, brachte ihn herein und sagte: „Mein seliger Vater hat für seine Person höchst eigen- händig mindestens zwanzig Glas Tee täglich getrunken, wes- wegen er auch dreißigjährig Jahre friedlich und ohne Krank- heit in dieser Welt zugebracht hat. Er wog acht Pud und war Küster im Dorf Moskrenskoje.“

„Was sagen Sie, Sie sind Vater Jwans Sohn?“ rief die Mutter.

„In eigener Person! Aber woher wissen Sie selbiges?“

„Ich bin ja auch von Moskrenskoje!“

„Also sind wir Landsleute! Aus welcher Familie sind Sie?“

„Von Ihren Nachbarn! Ich heiße Serdjina.“

„Des lahmen Nils Tochter? Die Person ist mir nicht un- bekannt. Hat mich manch' liebes Mal am Th. gekauft.“

Sie standen einander gegenüber, überschütteten sich mit Fragen und lachten. Sascha blickte sie lächelnd an und be- gann Tee zu kochen. Das Klappern des Geschirrs rief die Mutter in die Wirklichkeit zurück.

„Ich, herzeihen Sie, ich habe mich verschwächt! Ich eine so große Freude, einen Landsmann zu sehen.“

(Fortsetzung folgt.)

wählen gegen die Sozialdemokratie zu unterstützen. Besonders interessant scheint sich die Situation im zweiten dieser beiden Kreise gestalten zu wollen, die „Nationalzeitung“ rechnet dem freistimm abermals vor, daß seine Kandidatur aussichtslos sei und daß ihm nichts übrig bleibe, als den Kreis an den nationalliberalen Scharfmacher Leibig gutwillig auszuliefern; andernfalls werde er sich genötigt sehen, in der Stichwahl zwischen dem Antisemiten Ulrich und dem Sozialdemokraten Adolf Hoffmann zu entscheiden. Nun ist Genosse Adolf Hoffmann dafür bekannt, daß er manchmal gute Witze machen kann — aber ein nationalliberaler Scharfmacher oder ein mittelstandsretterischer Antisemit als Berliner „Volksvertreter“ wäre noch ein viel besserer Witz; solche kann nur das Dreiklassenwahlrecht machen. Wenn es aber der Sozialdemokratie gelingt, bei den Stichwahlen noch einige fünfzig Wahlmänner zu holen, dann wird am 16. Juni auch über dem Bezirk des Berliner Landgerichts die rote Fahne wehen.

Schließlich verdient auch der Vorortkreis Teltow-Deesow besondere Aufmerksamkeit, weil hier die Möglichkeit nahe liegt, daß hier der bekannte Vorhänger der Demokratischen Vereinigung, Dr. Breitfeld, gemeinsam mit Genossen Bernheim in die Stichwahl mit den Konservativen gelangen könnten, wobei der Kapute liberalfreisinnige „Kulturblut“ den Ausschlag zu geben hätte. Es wäre sehr interessant, hier, vor den Toren Berlins, die Mannen Müller-Saagans an der Arbeit zu sehen, wie sie einen ehrlichen bürgerlichen Demokraten und einen gerade von der freisinnigen Presse so oft als „gemäßigt“ verschrienen Sozialdemokraten zugunsten zweier wackelhafter Reaktionsäre niederstimmen. Ob es nun in Teltow-Deesow überhaupt zu einer Stichwahl kommt, und ob hierbei der „Kulturblut“ oder der demokratisch-sozialistische Wahlrechtsblut mit den Konservativen in die engere Wahl kommt, auch das muß sich erst in den Wahlmännerwahlen vom 10. Juni entscheiden.

Stimmen des Auslands.

Das führende Organ unserer französischen Genossen, die „Humanité“, schreibt:

„Welch bewundernswerte Lehren geben uns da die deutschen Genossen. Auch sie waren geschlagen, bestieg und angeblich „niedergeritten“, sie, die auf den vorausgesetzten automatischen Erfolg ihres Stimmengewinnes so sehr vertraut waren, erlaubten auf den Reichstagswahlen 1907 eine Schlappe. Das entmutigt sie aber nicht, sondern, auf ihre eigene Kraft bauend, gehen sie sofort wieder an die Arbeit, um den Sieg vorzubereiten.“

Der „Peuple“ sagt nachher: er das Verhalten der Liberalen gekennzeichnet:

„Die Sozialisten, die den Kampf mit bewundernswertem Eifer geführt haben, beschwerten sich demnach als die einzigen aufrichtigen Verteidiger des allgemeinen, gleichen Wahlrechts und ein großer Teil der sonstigen Nachhitzer der Freisinnigen hat deshalb für die Sozialisten gestimmt. Es ist also ein Sieg der Idee des allgemeinen, gleichen Wahlrechts, den wir da zu verzeichnen haben. Unsere deutschen Genossen haben Breche gelegt in die Stirn der preussischen Reaktion.“

Politische Uebersicht.

Warum König Eduard fern bleibt. Nämlich von Berlin! Das erklärt eine Zuschrift „von geschägter Seite“ an die „Germania“:

König Eduard macht nach und nach Besuch an allen größeren Höfen, nach Berlin kommt er jedoch gegen alle Erwartungen nicht, seine Besuchserwidrerung beschränkt sich auf ein fast als unfällig zu bezeichnendes Besammentreffen. Das muß umso mehr auffallen, als König Eduard vor seinem Regierungsantritt geradezu eine Vorliebe für Deutschland hatte und lange Jahre regelmäßig Ost in Bad Homburg gewesen ist. Daß er eine Abneigung gegen Deutschland habe, wird also wohl niemand behaupten können.

Der die persönlichen Gemüthsheiten Königs Eduard kennt, wird es jedoch begreiflich finden, daß er Berlin meiden. Er ist seiner ganzen Heranbildung nach ein Freund bequemer Verhältnisse und Gegner aller geschnittenen Formlichkeiten, er liebt es nicht, gleich einem „weihen Eisenstein von Siam“ durch das Brandenburger Tor einzugehen und vom Oberbürgermeister, Bürgermeister, den städtischen Vertretern, vielen Hundert von Ehrenjungfrauen und Tausenden von Schulkindern begrüßt zu werden. Etwas weniger gefällt ihm das militärische Aufgebot und sonstige Gepränge, welches ihm zu Ehren unerkennbar wäre, wenn er einen offiziellen Besuch in Berlin machen wollte.

Auf ihn, als gereiften Mann und Regenten, der seinem Lande eine politische Stellung wie sie vielleicht noch nie zuvor zu teil geworden hat, durch seine kluge Diplomatie, ohne jeden Lautstimm zu schreien, machen die pompösesten Feiern ein so ungemein angenehmes Eindringen, er weiß seine Zeit besser zu benutzen, als sich solchen ihm unwillkürlichen Ehrenbeweisungen aussetzen. Man würde deshalb wohl sehr gerne, wenn man König Eduards Verbleiben von Berlin als einen unabweislichen Akt gegen Deutschland ansehen wollte. Viele andere, die denartige „Freundschaften“ aktiv oder passiv mitzumachen geübt sind, würden vielleicht am liebsten seinem Beispiel folgen, wenn sie nicht glauben sich ihnen unterziehen zu müssen.

Je nachdem andere europäische Staaten hat man für den letzten gesandtschaftlichen Besammentreffen, die für den Reichstag des Jahres mehr eine Last als eine Annehmlichkeit bilden, ein solches Besammentreffen mehr; selbst im Orient, wo doch die Siege des Osmanen immer gefunden hat, kommt man allmählich davon ab. Vielleicht kommt auch für das Deutsche Reich einmal die Zeit, wo Monarchen sich ihre Besuche in einer Form abtun, bei denen die Besammentreffen sich einfinden, dafür aber die inneren Sympathien sich am so reichlicher und herzlicher gestalten.

Als Beispiel dafür, wie man im Auslande die monarchistischen Maschen aufzählt, in denen wir uns überleben, sei die Stimme verzeichnet. Dem einheimischen Publikum kommt der ganze Nimbus wunder wie großartig vor — im Auslande läßt man uns aus.

„Arbeitervereine.“ Der Bund evangelischer Arbeitervereine Bayerns hielt jüngst in Nürnberg eine Versammlung ab, in der der neu ernannte Bundespräsident Heinrich sein Programm entwickelte. Der Redner wünschte, daß der Bund in Zukunft nach einem bestimmten Plane arbeite und daß die Leitung der Einzelvereine in den Händen der Arbeiter liegen möge. Bei dieser Gelegenheit erfuhr man auch einiges über die Zusammenfassung dieser „Arbeitervereine“. Dem Bunde gehören gegenwärtig 74 Vereine mit 13,905 Mitgliedern an. Von diesen sind

3724 Arbeiter, 8164 Handwerksmeister, 1186 Beamte, Geistliche, Lehrer, 1315 Bedienstete, 874 selbständige Kaufleute, 688 Handlungsgehilfen und Privatbeamte, 550 Landwirte, 469 Industrielle, 348 Wertmeister. Auf 100 Mitglieder kommen 26,4 Arbeiter! Wie diese Vereine, die zu drei Vierteln aus Unternehmern, Beamten, Bauern usw. bestehen, dazu kommen, sich als Arbeitervereine zu bezeichnen, ist ein Rätsel.

Im 12. Berliner Landtags-Wahlkreis sind nach den bisherigen Ermittlungen weit mehr Stichwahlen in den Wahlbezirken erforderlich, als anfänglich angegeben wurde. Ferner sind einige Neuwahlen notwendig geworden. Taburn, hat sich das Ergebnis dahin geändert, daß von 714 Wahlmännern, die zu wählen sind, definitiv in allen 8 Abteilungen nur gewählt sind: 107 Freisinnige, 302 Sozialdemokraten, 41 Konservativ und 36 Nationalliberale, zusammen 486 Wahlmänner, so daß also noch 228 Wahlmänner gewählt werden müssen. Diese 228 verteilen sich auf 100 Wahlbezirke. Zwischen Freisinnigen und Konservativen finden 52 Stichwahlen, zwischen Freisinnigen und Sozialdemokraten 37 und zwischen Freisinnigen und Nationalliberalen 30 Stichwahlen statt, zusammen rund 120 Stichwahlen, an denen Freisinnige beteiligt sind. Hierzu kommen dann noch 30 Stichwahlen zwischen Konservativen und Sozialdemokraten, 20 zwischen Nationalliberalen und Konservativen und etwa zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten. Der Sozialdemokratie fehlen noch 55 Wahlmänner, sie steht aber noch in 90 Bezirken in Stichwahl. Es ist also nicht unmöglich, daß auch der 12. Kreis noch gewählt wird.

Knusprig braten. Die „Berl. Volkszeitung“ erhält vom Niederrhein folgenden Bericht:

„Die reiche Anzahl unversehrter ultramontaner Redebälgen ist durch den bekannten Zentrumsparlamentarier Professor Dr. Dige um eine neue köstliche Bütte bereichert worden. In einer Wähler-versammlung zu Bieren führte dieser Herr aus: „Ein kleines Vorkommnis im Kampfe um die Weltanschauung ist das Verbot, die Erlaubnis zur Fenerbestattung in Preußen zu erlangen. Das Zentrum wird sich lange dagegen wehren und für die Aufhebung der katholischen Kirche kämpfen, daß der Tote nur in geweihter Erde beuhet werden darf. Wenn die Liberalen sich vorbrennen lassen wollen, haben wir nichts dagegen und wollen nur hoffen, daß das recht bald geschieht, und daß sie recht knusprig werden.“

Es war ein katholischer Geistlicher, der sich unter dem frenetischen Beifall seiner Zuhörer dieses Vöbchen der vielgerühmten „ultramontanen Toleranz“ leistete. Die lebenden Freidenker knusprig zu braten, ist für die Fremden ein noch viel größeres Vergnügen.

Landtags-Stichwahlen. Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht eine Bekanntmachung des Ministers des Inneren, der zufolge die engeren Wahlen bei der Wahl der Wahlmänner für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten, soweit sie in Folge der Einführung der Kreis- oder Gruppenwahl nicht am 4. und 5. d. Mts. durchgeführt werden konnten, an dafür anderweitig festgelegten Wahlen vorgenommen und spätestens am 12. Juni abgeschlossen werden.

Wohnungspolitik. Die Stadtverwaltung in Regensburg beschloß, einen städtischen Wohnungsinspektor anzustellen; unter seinen Beiräten soll sich auch ein Arbeiter befinden.

Ein Ruffenprozess in Deutschland. Seit einer Reihe von Monaten sind in München drei Russen interniert, welche der Teilnahme an dem bekannten Tschirer Bankraub beschuldigt sind, aber trotz des Verlangens der russischen Regierung nicht ausgeliefert wurden. Am 22. Juni findet vor der Strafkammer des Landgerichts München I gegen die Russen die Verhandlung wegen Schleichers statt, da sie für die Teilnehmer des Bankraubes die Umwehrung der gestohlenen Noten besorgten.

Der Weineidprozess in Eulenburg. Die Voruntersuchung gegen den Fürsten Eulenburg wegen Weineids ist angeblich abgeschlossen, aber es finden trotzdem in Wien kommissarische Vernehmungen statt u. a. wurden befragt: Graf Wilczek, der frühere Polizeipräsident Freiherr Habrba, verschiedene Beamte, Abgeordnete, darunter Herr Bielowitz, die Inhaber des Admerbades in Wien und einiger Restaurants von zweifelhaftem Rufe. Von der deutschen Botschaft in Wien ist der Botschafter Herr von Tschischky geladen und von der Reichsjustizkanzlei einige Beamte, die dort bereits während der Amtszeit des Fürsten Eulenburg angestellt waren.

Für Eulenburg soll dem „Berliner Tageblatt“ zufolge, in etwa vierzehn Tagen bis drei Wochen vor dem Schwurgericht am Landgericht I Berlin erscheinen. Die Anklage lautet auf Weineid. — Offen gesagt: Wir glauben an die vierzehn Tage bis drei Wochen noch nicht.

Ausland.

Sozialistenverfolgung in Bosnien. Die Sozialdemokratie von Bosnien und der Herzegowina beabsichtigte während der Pfingsttage in Sarajevo ihren zweiten Landeskongress abzuhalten. Die Regierung, welche schon immer, namentlich seit dem Streik im Mai 1906 sich abmühte, die Arbeiterbewegung durch die brutalsten Mittel tot zu schlagen, hat auch diesen Kongress vereitelt. Der Kongress wurde, da eine politische Partei in Bosnien nicht anerkannt ist, von Arbeitervereinen einberufen. Dementprechend war auch die Tagesordnung mehr gemeinschaftlicher Natur. Aber die Bureaucratie will keinerlei Arbeiterbewegung aufkommen lassen. Der Regierungsvertreter forderte, daß ihm von den Einberufenen des Kongresses der genaue und vollständige Text der an dem Kongress zu haltenden Reden vorgelegt werde. Das war natürlich ein Ding der Unmöglichkeit und es leuchtete sofort ein, daß es sich hier bloß um ein Mandat handelte, den Kongress zu vereiteln. Eine Rücksprache der Einberufenen mit dem Regierungsvertreter führte zu keinem Ziel. Dieser beharrte auf seiner Aufforderung und erklärte, daß der Kongress nicht abgehalten werden dürfe, wenn seinem Verlangen nicht entsprechen würde. Er fügte noch hinzu, daß sie bloß Gräße übermitteln dürfen, deren Text aber auch vorher bekannt gegeben werden müsse.

Die auswärtigen Delegierten wurden, wie ein der Wiener „Arbeiterzeitung“ übermitteltes Telegramm mitteilt, von der Polizei sofort verhaftet und abgeführt. Es sind das die Genossen Abgeordneter Korad aus Agrar, Jashaj aus Budapest, Dorbic aus Spalato und Pavicic aus Belgrad.

Zum Hochschülerstreik in Leipzig. Die Universitätsbehörden haben in einer Konferenz beschlossen, die Universitäten am nächsten Sonntag wieder zu eröffnen; wenn jedoch Nachfragen erfolgen, wird am Montag die Schließung der Universitäten für das ganze Semester erfolgen. Professor Wagners erklärte in Frankfurt, er werde seine Vorlesungen im Sommersemester nicht wieder aufnehmen.

Die italienischen Hochschulen, an denen der Streik besteht, soll „Revue française Presse“ zufolge, das laufende Semester am

16. Juni geschlossen werden. Das Semester wird den Studenten angerechnet. Professor Wagners wurde am Pfingstsonntag in Wien vom Unterrichtsminister Dr. Wackerl empfangen. Er hat dem abwesenden Senat die Erklärung abgegeben, daß er auf jede Vorlesung in diesem Semester verzichte.

Der Proporz im Vormarsch. Nun erhält auch der Schweizer Kanton Luzern die Proportionalwahl. Die „Liberalen“ bekämpfen im Kantonsrat die Vorlage der Regierung mit der wunderbaren Begründung, daß sie einen Angriff auf die Stadt Luzern bedeute. Sie bekämpfen namentlich den Gemeindeproporz und wünschen eine andere, für ihre Partei günstige Wahlkreisverteilung. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte mit der katholischen Mehrheit für die Vorlage, die denn auch angenommen wurde. Die Regierung besteht also in der obligatorischen Proportionalwahl des Kantonsrates und des Verfassungsrates, während sie für die Gemeindebehebden nur fakultativ ist und in Gemeinden mit weniger als 600 Stimmberechtigten von einem Drittel derselben, in Gemeinden mit mehr als 600 von mindestens 200 Stimmberechtigten verlangt werden kann. Die Verhältniswahl muß angewandt werden, wenn sich mindestens ein Drittel der gültigen Stimmen in der Abstimmung dafür erklärt. Der Rufantrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Einführung der Proportionalwahl auch für den Gemeinderat (Mairie) wurde ebenfalls angenommen. Die Vorlage unterliegt noch der Volksabstimmung, jedoch ist ihre Annahme sicher.

Die Duma gegen die Sozialdemokraten. In der Dumasitzung am Montag, die bis nach Mitternacht dauerte, kam es bei der Beratung des Entwurfs über die Unterstützung der russischen Heiligenbilder-Malerei zu einem großen Skandal. Der Sozialdemokrat Tschelische sagte:

„Nach dem Glauben der christlichen Kirche wohnt den Heiligenbildern noch lebendige Kraft inne. Mich dünkt, wenn diese diese Kraft existiert, so muß die Kunst durch diese Kraft erhalten werden. Ist das nicht der Fall, so ist die ganze Sache hoffnungslos.“

Ein Sturm des Unwillens ergoß sich wegen dieser harmlosen Aeußerung über den unglücklichen Redner, der vergeblich jede Abkühlung der Religionschändung verneinte. Tschelische wurde auf 15 Sitzungen ausgeschlossen. Die Genossen folgten ihm. Man sieht, worauf es die Reaktionsäre der Duma anlegen: ein Sozialist nach dem anderen soll mundtot gemacht werden.

Zu den Vorgängen in Persien wird der „Bl. Jg.“ aus Berlin telegraphisch:

Sollte der Schah sich wirklich, wie man vermutet, in die russische Gesandtschaft geflüchtet haben, so könnte dieser Schritt leicht Anlaß zu schweren Verwicklungen geben. Er würde von der Mehrheit des Parlaments vermutlich als die Annahme einer russischen Schutzherrschaft gedeutet und bekämpft werden. Die Lage in Teheran und seiner nächsten Umgebung ist verworren und unsicher. An der Grenze stehen russische Truppen zum Einrücken bereit; es läßt sich nicht leugnen, daß Persien am Vorabend schlimmer Verwicklungen zu stehen scheint. Unter diesen Umständen muß man es anerkennen, daß der englische und russische Vertreter, wie man hört, sichtlich bemüht sind, nach allen Seiten beruhigend zu wirken und ernste Verwicklungen fern zu halten.

Das „Hamburger Fremdenblatt“ schreibt: Es ist schwer, daran zu glauben, daß der Schah den Thron freiwillig preisgegeben haben sollte. Näher liegt die Vermutung, daß er verhaftet worden sei, um den zu seinem Schutze und zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Persien bereiten fremden Mächten den Anschein zu einem ersten Einschreiten zu geben. . . . Aber noch eine andere Vermutung ist zu beachten: Die Möglichkeit ist jedenfalls nicht ausgeschlossen, daß die Flucht des Schahs keine freiwillige war, daß die Vertreter seines entlassenen Ratgebers ihm nicht zur Flucht verhalfen, sondern ihn gewaltsam fortbrachten. Die Folgen wären aber die gleichen.

Die offizielle Petersburger Telegraphen-Agentur meldet aus Teheran unter dem 8. d. Mts.: Der Leiter der persischen Botschaft in Petersburg, deren Anstifter gefangen wurden, war augenscheinlich Prinz Jill es Sultans. Das Parlament stand der Bewegung ganz fern. Emir Nischang, der in der russischen Gesandtschaft Zuflucht gesucht hatte, verläßt diese wieder. Der telegraphische Verkehr ist mit Teheran unterbrochen, nur die Leitung nach Astrabad arbeitet.

Der Schah ließ in der ganzen Stadt eine Kundgebung vorbereiten, in der seine Ergebenheit für die von ihm beschlossene Verfassung verkündet. Die vorgenommenen Verhaftungen erklären sich ausschließlich aus dem Wunsch, den revolutionären Unruhen ein Ziel zu setzen, welche die Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung hindern.

Ueber London kommt folgende Nachricht: Einer Witterung aus Teheran zufolge lagert der Schah nach wie vor in Bagdad auf der Straße der Stadt mit der ihm zur Verfügung stehenden Streitmacht. Die politischen Klubs, welche die Hand auf den königlichen Schah und das Arsenal legen wollten, fanden beide leer.

Der Schah besah am Sonntag nach dem Garten außerhalb der Stadt, in dem er sich jetzt aufhält, eine Anzahl Prinzen und Würdenträger. Diese waren dort kaum eingetreten, als sie für gefangen erklärt wurden. Der Einspruch des Parlaments und der Geistlichkeit gegen die Verhaftungen waren fruchtlos. Der Stadtgouverneur ist abgesetzt und durch Hofbeamte ersetzt worden. Starke Kosakenpatrouillen durchziehen die Stadt. Auf dem Kanonenplatz beim Gelände des Parlaments steht eine abgelesene Abteilung mit Geschützen in Bereitschaft. Ein Edikt des Schahs bedroht das Parlament mit Verhaftung. Die Aufregung unter dem Volke ist hochgradig.

Der Schah hat nunmehr die Sicherung Teherans dem russischen Kommandeur der Kosakenbrigade übertragen. In Bagdad sind vier Geschütze der Kosakenbrigade aufgefahen mit der Front gegen Teheran. Gerüchtele verlauten, Jill es Sultan, der Bruder des verstorbenen Schahs, sammelt in Shiraz Truppen, um gegen Teheran anzurücken.

Massenkämpfe in Amerika. Aus New-York, 8. Juni, wird dem „A. Tagebl.“ gemeldet: Nach einer Meldung aus Oregan (Oklahoma) ist es in der Nähe dieser Stadt zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Weißen und Negern gekommen, bei dem 18 Neger und 6 Weiße ums Leben kamen. Die Neger hatten sich auf den Bergen zusammengetrotet und den Sheriff von Harrison bei Jimlinsburg, namens Alfred Duntre, erschossen. Diese Mordtat war das Signal zu einem allgemeinen Kampfe. Die Schwarzen erhielten von allen Seiten Unterstützung und sollen über 2000 Mann zählen. Alles, was irgendwie wertvoll war, wurde von den Kubesskaven gestohlen und die Hände der Weißen angezündet. Der Gouverneur hat um Entsendung von Truppen gebeten, um der Fortdauer der Massenkämpfe entgegenzutreten und die Bestürzung der Rassenscheidung von den Schwarzen bedroht ist, zu verhindern.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 10. Juni.

Die preussischen Lehrerinnen in Breslau.

(Fortsetzung aus der Beilage.)

In der zweiten öffentlichen Versammlung am heutigen Mittwoch, Vormittags 9 Uhr, sprach Fräulein G. Sielcher (Schwelm) über „Vollschule und erwerbstätige Mütter“. Meiner führte etwa folgendes aus: Im Erwerbsleben finden wir unter den zahlreichen weiblichen Arbeitskräften auch viele Mütter, die Sorge für ihre Kinder anlagt und uneheliche Mütter zum Erwerb, die Not viele Frauen. Die Erwerbstätigkeit der Mütter schädigt aber Familie, Nachkommenschaft und Volkswohl; da eine Abschaffung derselben bei der jetzigen wirtschaftlichen Lage unseres Volkes nicht möglich ist, sind Staat und bürgerliche Gesellschaft verpflichtet, diese Schäden nach Möglichkeit zu beseitigen.

Besonderen Schutz bedürfen die erwerbenden Mütter zur Zeit der Schwangerschaft und nach der Entbindung. Sicherste Fürsorge wäre eine alle Berufsarten umfassende staatliche Mutterversicherungsanstalt, die Ergänzung dazu bilden zu ausreichender Pflege für Mutter und Kind, Entbindungsanstalten, Wöchnerinnen- und Säuglingsheime, Sripfen, Privats- und kommunale, ehrenamtliche und entlohnte Frauenhilfe findet hier ein reiches Arbeitsfeld. Der unehelichen Mütter nimmt sich besonders die innere Mission und der Bund für Mutterrecht an. In der Sorge für die kleineren Kinder treten Volksschulergärten und Kinderbewahranstalten mit ein, für die schulpflichtigen die Kinderhorten. Wo die erwerbstätigen Mütter nicht für rechte Ernährung der Kinder sorgen können, sind Schulpflichtigen oder Mütter in besonderen Fällen zu gewähren. Die schulpflichtigen Mütter müssen die Pflichtfortbildungsschule übernehmen und so die Mädchen selbst wirtschaftlich tüchtig machen und bessere Mütter erziehen.

Auch die Volksschule muß helfen die die Kinder treffenden Schäden zu beseitigen durch besondere Beobachtung dieses Kindes in der Schule, durch Ergänzung der mangelnden häuslichen Erziehung, durch recht gehandhabte Schulzucht und ärztlichen Einfluß bei allem Unterricht, durch Körperpflege, Entnahme der geschädigten Kinder an Ferienpflege, Erholungs- und Heilstätten, Maßhalten, durch Ueberweisung schwachbefähigter zur Hilfsschule, Anwendung der Fürsorgeerziehung in Fällen schlimmer Verwahrlosung.

Zu rechter Beurteilung der Folgen der Erwerbstätigkeit im Einzelfalle ist enge Verbindung zwischen Schule und Elternhaus nötig, Hausbesuche, Eltern- und Mütterabende.

Bei allen auf das Wohl von Volksschulkindern abzielenden Einrichtungen ist Mitarbeit der Lehrer und Lehrerinnen erwünscht. Sie können besonders Kinder erwerbstätiger Mütter heranziehen und Vorkenntnisse über uneheliche Kinder übernehmen. Aber auch in Arbeiter- und Arbeiterinnenvereinen könnte ihre Mitarbeit von Nutzen für das Volkswohl sein durch Verbreitung gesunder Ansichten über den Nutzen der Erwerbstätigkeit der Mütter. Die Organisation der Arbeiter müßte selbst Schulen für ihre Lehrerinnen, weibliche Fabrik- und Gewerbevereine, aussetzende Löhne für Männer und Frauen, Pflichtfortbildungsschulen für Mädchen erstreben. Als Mitglieder der Schuldeputation können Lehrer und Lehrerinnen auch zur Beseitigung der erwähnten Schäden durch die Schule ihren Einfluß geltend machen.

In der Debatte kamen hier und da recht traurige Ansichten ans Licht. So sagte eine Lehrerin u. a.: Viele Frauen gingen deshalb in das Erwerbsleben, weil der Drang zum Luxus (!) sie treibe, einen Beruf zu ergreifen und Geld zu verdienen! Dieser Dame entgegnete Fräulein Sielcher, daß die Frauen, die wirklich „Luxus“ treiben, dies doch nur täten, weil sie es nicht besser verständen. Die Lehrerinnen sollten auf die Mädchen so einwirken, daß sie Lust und Liebe zu Besseren gewöhnen und unnötigen Luxus und Tand verschmähen; die Lehrerinnen sollten die Mädchen anhalten, an die „Luxus“ Besseres und Schöneres zu setzen.

Zur Landtagswahl in Breslau. Die Wahlhandlung am 16. Juni, in welcher die Breslauer Wahlmänner die drei Breslauer Landtagsabgeordneten wählen, wird im Konzerthause vom Wahl-Kommissar Oberbürgermeister Dr. Bender geleitet, im Schießwerderstraße vom Bürgermeister Trentin.

Theater im Gewerkschaftshaus. Sonnabend, 13. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, veranstaltet ein Verein zur Pflege der dramatischen Kunst unter gütiger Mitwirkung des Fräulein Marietta Keller vom Breslauer Schauspielhaus und einiger Bühnenaspiranten ein Theaterabend. Zur Aufführung gelangt „Der Privatdozent“ von Ferdinand Wittenbauer.

Breslauer Sommertheater (Wielichs Stabliement). Heute Mittwoch kommt die wirtungsvolle Schwanknovelle „Ganz der Papa“ mit Fräulein Antonie Tschaff vom Breslauer Schauspielhaus als Gast zur Wiederholung. Donnerstag erscheint Hermann Hejermans „Kettenglieder“ nochmals auf dem Spielplan.

† Vermißt werden: Ein Dienstmädchen Emma Schaar seit dem 31. v. M., ferner die Schuhmacherfrau Maria Gollmann, Kaiser Wilhelmstr. 77, die mit beiden Töchtern, Maria, sechsjährig, und Martha, vierjährig, seit dem 28. v. M.; ferner der Arbeitersohn Max Reumann, Tschepinerstraße 32, IV, der seit dem 2. d. M. verschwunden ist.

† Verirrtes Kind. Auf der Albinstraße wurde am 1. d. M. ein lechsjähriger Knabe vermisst aufgefunden und nach dem Kinderhort auf der Schulgasse gebracht. Nach seiner Angabe heißt er Joseph Jänisch und seine Eltern sollen Gräbchenstraße 83 wohnen, sind dort aber nicht zu finden, da sie inzwischen unbekannt verzogen sind.

† Selbstmord. Ein in weiten Kreisen bekannter Kaufmann und Fabrikant von der Karlsstraße hat sich am 7. Juni infolge miflicher geschäftlicher Verhältnisse das Leben genommen.

† Strafenraub. Auf der Promenade an der Antonienstraße wurde am 6. d. Mts., in der Mitternachtsstunde, ein Handlungsbuch, der ein Tablett mit 10 Schokoladentafeln trug, von acht Burschen angefallen, die ihm die Schokoladentafeln raubten und mit dem Tablett schüchtern fliehen wollten, als er seinen Unwillen äußerte. Auf das Hilferufen der Geschworenen kam ein Schutzmann herbei und die Stroche entließen; es gelang jedoch, zwei von ihnen zu ergreifen und so werden sie wohl alle ihrer Strafe nicht entgehen.

† Ein Fledderer. Gestohlen wurde in der Nacht zum 10. dieses Monats einem Schneidermeister von der Nikolaistraße, der auf einer Promenadenbank eingeschlafen war, aus der Westentasche die Uhr. — Einem Metzger auf der Poststraße wurde durch einen 14-jährigen Burschen die Kolosnatte vor der Tür gestohlen.

† Diebstähle. Am 9. d. Mts. ist aus dem Entree einer Wohnung auf der Gartenstraße ein Sommerüberzieher im Werte von 100 Mark gestohlen worden. — Einem Auszubildenden in Bismarckstraße wurde am 29. vorigen Monats ein Silberer Ring mit der Widmung „Mutterchen an die silberne Hochzeit“ entwendet. — Ein Tischlergeselle von der Albinstraße hat am 2. d. Mts.

seiner Schwester auf der Breitenstraße eine silberne Damenuhr. — Am 30. vorigen Monats hat ein Kaufmann auf der Scheitingerstraße einem jungen Menschen sein Fahrrad abgenommen, um damit eine lange Probefahrt zu machen, ist aber nicht mehr wiedergekommen. — Am 1. d. Mts., Abends, ist in die Schirmlammer eines Nebenbaus auf der Berliner Chaussee eingebrochen und dort ein Paar Schafstiele, ein ganzer Nino Kleider im Werte von 18 Mark und verschiedene Kleiderstücke gestohlen worden. — Bei dem Einbruch, der am 8. d. Mts. in der Wohnung eines Glasermeisters auf der Waterloostraße verübt worden ist, wurden außer einem Sparfläschchen über 206 Mark, lautend auf den Namen Gellala, und einer goldenen Uhr, auch eine Lebensversicherungspolice auf den genannten Namen und ferner ein Behnmarck mit dem Bildnis Kaiser Friedrichs gestohlen.

† Diebstähle. Einem Kaiser auf der Lohstraße wurde am 1. d. M. eine Uhr und eine goldene Kette gestohlen; einem Dienstmädchen am 1. d. M. auf dem Neumarkt ein Portemonnaie mit 16,50 Mk., am 14. v. M. einem Arbeiter bei Saara ein Fahrrad, Marke „Spezial“, eine silberne Uhr und 5 Mk., am 6. d. M. am Rathaus durch einen Schlosserfellen ein Fahrrad, das der Eigentümer im Polizei-Präsidium Nummer 51 abholen kann; am 20. v. M. in Klein-Linz ein Fahrrad „Pfeil“ Nr. 150.989, das ebenfalls dort abgeholt ist, am 23. v. M. auf der Neuen Weingaße ein Rad „Ergelflor“ Nr. 153.608, am 21. v. M. aus einem Keller auf der Schweinbergstraße ein Rad „Panzer“, am 1. d. M. auf dem Nikolai-Stadtgraben ein Damenrad „Corona“ Nr. 56.249.

Aus den Gerichtssälen.

Erfahrenspruch nach gelibter Verlobung.

Der Modelleur A., welcher mit Fräulein B. verlobt war, verlangte von ihr, nachdem sie das Verlöbniß gelöst, auf Grund des § 1298 des Bürgerlichen Gesetzbuches Ersatz für mehrere Reisen, die er nach der Verlobung gemacht hatte, um sie und ihre Eltern zu besuchen, ferner für das Geld, das er bei Ausflügen, Theaterbesuchen und in Restaurationen für seine gewesene Braut aufgewendet. Er wurde jedoch mit diesen Ansprüchen vom Landgericht II in Berlin abgewiesen, weil die Ausgaben nicht solche seien, die gerade im Hinblick auf die Ehe erfolgt sind. Das Verlöbniß bringe naturgemäß auf der Seite jedes Verlobten Ausgaben mit sich, die sonst nicht entstanden wären. Damit könne man diese Ausgaben nach nicht ohne weiteres als Aufwendungen bezeichnen, die in Erwartung der Ehe gemacht seien. Die zwei Reisen hätten den Zweck gehabt, die Braut zu sehen und zu sprechen. Das seien Ausgaben, die das Verlöbniß bedinge. Das selbe gelte von den Ausgaben, durch die der Kläger seine Braut freigehalten habe. Der Hinblick auf die Ehe spiele bei diesen Aufwendungen unmittelbar keine Rolle.

Der Kläger legte hiergegen Berufung ein, hatte aber auch beim Kammergericht kein Glück. Auch in zweiter Instanz wurde angenommen, daß die Aufwendungen, die der Kläger ersetzt verlangen, nicht zu denen gehören, für die er nach § 1298 des Bürgerlichen Gesetzbuches Ersatz verlangen könne. Diese Aufwendungen seien zwar durch die Verlobung veranlaßt. Aber die verschiedenen besonderen Ausgaben aus Anlaß des Brautstandes, insbesondere auch die in § 1301 des Bürgerlichen Gesetzbuches noch besonders geregelten Geschenke, seien nicht schon deswegen ohne weiteres unter den § 1298 Bürgerlichen Gesetzbuches, weil nach dem Verlöbniß auch der Abschluß der Ehe erwartet wurde. Vielmehr müßten diese Aufwendungen mit der Beschließung in kaufmännischem Zusammenhang stehen und sich nicht lediglich aus der Tatsache der Verlobung ergeben. Für die hier geltend gemachten Aufwendungen fehle der kaufmännische Zusammenhang, wie der erste Richter mit Recht angenommen habe.

Man wird diesen Entschädigungen im Resultat sicher gern zustimmen. Derartige Erfahrungsbedingungen, wie sie in dem besprochenen Prozeß gestellt wurden, widerprechen nicht nur dem Volksgesinnung anständig denkender Menschen, sondern auch einem gesunden Rechtsempfinden und sind deshalb sicher vom Gesetzgeber nicht gemollt worden.

Standesamtliche Nachrichten.

Todesfälle.

- I. Martha, T. des Arbeiters Wilh. Seibel, 7 M. — Konrad, S. des Arbeiters Robert Christoph, 5 J. — Veron. Eisenbahn-Schweizer Vertha Heber, geb. Schneider, 73 J. — Martha, T. des Kaufmanns Heinrich Schindler, 8 M. — Wilh., S. des Klempners Oskar Jentch, 3 M. — Arthur, S. des Fleischer Ernstus Volkmann, 2 M. — Anna, T. des Glasermeisters Augustus Kuba, 2 J. — Arbeiter Karl Ungar, 47 J. — Fräulein Schiffbauer Gottlieb Kapner, 63 J. — Erwin, S. des Schneiders Robert Krause, 5 J. — Alfred, S. des Arbeiters Max Müller, 1 Stb. — Walter, S. des Hausbauers Friedrich Meiser, 3 M. — Berw. Malermeister Luise Winkler, geb. Horn, verw. gew. Schauspieler, 66 J. — Erwin, S. des Arbeiters August Häbel, 8 M. — Erich, S. des Hilfsheizers Heinrich Reiter, 7 M. — Alfred, S. d. Eisenbohrers Gustav Dähm, 5 M. — Rentier Jakob Duff, 81 J. — Helene, T. des Arbeiters Paul Trostla, 2 M. — Arbeiter Friedrich Ernst, 48 J. — Wirtschafterin Vertha Klein, 33 J. — Verw. Arbeiter Marie Kessel, geb. Berger, 77 J. — Walter, S. des Arbeiters Oskar Thomas, 5 M. — Erich, S. des Arbeiters Robert Scholz, 5 M. — Franz, S. des Seilers Franz Reil, 6 J. — Glaser Paul Schoenfelder, 44 J. — II. Fräulein Gans- und Wasserleitungs-Unternehmer Emil Cohn, 68 J. — Flora, T. des Versicherungs-Inspektors Albert Kettig, 1 J. — Fritz, S. des Hilfsarbeiters Fritz Wensch, 9 J. — Arbeiter Robert Kade, 28 J. — Verwalterin Lina Lehmann, 21 J. — Herbert, S. des Schuhmachers Wilhelm Jung, 5 J. — Obkonditor-Witwe Emma Jannina Meinert, geb. Scholz, 75 J. — Tischler Adolf Schatz, 56 J. — Jangene Wittwe Emma Kirmes, geb. Neumann, 53 J. — Eisenbahn-Hoherswitwe Anna Kolbe, geb. Lux, 64 J. — Hermann, S. des Eisenbahnarbeiters Hermann Korte, 2 J. — Arbeiter August Rose, 40 J. — Leberärzterwitwe Anna Debrügg, geb. Ritter, 62 J. — Werkführer Karl Hanke, 55 J. — Fräulein Arbeiterin Karl Reischke, 76 J. — Willi, S. des Schneiders Karl Kattner, 1 J. — Arbeiterin Emma Emilie Wittner, geb. Anst, 32 J. — Luise, T. des Arbeiters Ernst Traloch, 8 J. — Bautechniker Walter Rege, 24 J. — Arbeiter Oswald Baler, 58 J. — Erich, S. des Arbeiters Eberhard Patschke, 3 M. — Fräulein Anna Kauer, geb. Hampel, 84 J. — Schullehrerin Margarete Jöhrlke, 21 J. — Elisabeth, T. des Kellers Ernst Schmiedeknecht, 1 J. — Provisionsreisender Karl Albrecht, 59 J. — Malergehilfe Johann Scherwig, 42 Jahre. — Edelkeine, Brauereiwitwe Auguste Weib, verw. gewesene Barant, geb. Strauß, 64 J. — Wilh., S. des Arbeiters Hermann Hoffmann, 4 Jahre. — IV. Rentier Bernhard Hannas, 76 J. — Wilma, T. des Schuhmachermeisters Paul Glota, 18 J. — Rentier Max Hürnenfeld, 67 J. — Hildegard, T. des Wauers August Müller, 11 M. — Verw. Hausbesitzer August Jung, geb. Schabel, 71 J. — Wilhelm und Hildegard, S. u. T. des Schuhmachers Wilhelm Bod, 2 J. — Erich, T. Neumanns Max Pappon, 7 J. — Hilfsarbeiterin Gertrud Hermann Reichelt, 46 J. — Karl, S. des Arbeiters August Simon, 1 J. — Verev. d. Synograph Lina Dehant, geb. Singer, 80 J. — Alfred, S. des Schlossers Ernst Otto, 6 M. — Rentier Christiane Gabelhorn, geb. Lambert, 82 J. — Schneidermeister Julius Schabel, 77 J. — Elisabeth, T. des Stanzers Wilhelm Kiesel, 2 M. — Damenkleiderin Rosalie Reichel, 60 J. — Verw. Kaufmann Maria von, geb. Schatz, 78 J. — Martha, T. des Maurermeisters Gustav Wandel, 9 J.

Neueste Nachrichten.

Unterschleife in der Spanbauer Gewerfabrik.

Berlin, 9. Juni. Die Untersuchung in der Spanbauer Verlagsaffaire geht weitere Kreise. Nachdem wegen der Vermutungen in der Gewerfabrik der Betriebschreiber Müller durch Selbstmord aus dem Leben geschieden, ist jetzt ein Mörder, der bisherige Betriebschreiber Volz, der sich noch auf freiem Fuße befindet, verhaftet worden. Er war früher in der Gewerfabrik zu Spanbau beschäftigt gewesen und hatte in einer Privatfabrik Beschäftigung angenommen.

Familientragödie.

Dresden, 9. Juni. Heute früh erschlug der hier wohnhafte Mechanikerheute Janett seine Frau und seine beiden Kinder und erhängte sich dann. Janett handelte im Jähzorn nach vorausgegangenem Streit. Durch das Wimmern der tollkühn verletzten Kinder wurden Hausbewohner auf die Unruhe aufmerksam und holten die Polizei herbei. Die Frau und die Kinder, welche noch lebend gefunden wurden, wurden in das Krankenhaus überführt, daselbst aber kaum den heutigen Tag überleben.

Auf der Flucht erschossen.

Gera, 9. Juni. In der Pfingstnacht erschloß der Waldwächter Schütz aus Bismarck den Maurer Alwin Frisch aus Johannis. Frisch hatte mit einigen Kameraden im Walde ein Jagdgelagere ausgesetzt; der Waldwächter kam hinzu, forderte Namensnennung und wies die Leute aus dem Walde. Frisch weigerte sich seinen Namen zu nennen und wurde deshalb von dem Waldwächter erschossen. Auf dem Transport ergriff er jedoch die Flucht; Schütz jagte und traf den Flüchtigen mitten ins Herz. Der Tod trat sofort ein.

Neue Verhaftungen in Portugal.

Lisbon, 10. Juni. (S. T. B.) Aus Lissabon wird gemeldet: Die Polizei hat zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Es handelt sich um ein neues Komplott gegen die königliche Familie. Der 10. Juni war zur Ausführung des Anlasses angesetzt, da an diesem Tage die königliche Familie sich nach der Estrella-Kirche begibt, um der Herz-Jesu-Feste beizuwohnen. Die republikanische Partei soll (?) bei dem Komplott kompromittiert sein. Ein bekanntes Organ dieser Partei soll bedeutende Gelder den Verschwörern zur Verfügung gestellt haben. Die Redaktions der republikanischer Blätter wurde verhaftet. In einem verlassenem Hause in der Nähe Lissabons wurde eine Bombenfabrik entdeckt. (?)

Massenvergiftung.

Paris, 10. Juni. (S. T. B.) „Echo de Paris“ weiß über Massenvergiftungen zu berichten, die vorige Woche erfolgten und über die bisher Stillgehalten geblieben waren. Am Mittwoch fand ein Bankett des Automobilclubs statt, nach dessen Beendigung zahlreiche Personen an Vergiftungserscheinungen erkrankten. Ein Mitglied, das das Amt eines Beisitzers verlor, ist bereits gestorben. Die Untersuchung hat festgestellt, daß über 300 Personen, welche an dem Bankett teilgenommen haben, erkrankt sind.

Ein geistlicher Grabhänder.

Madrid, 9. Juni. Der Pfarrer des Dorfes Turillas in der Provinz Gavarra schändete, um einen größeren Einbruch auf die Pfarrkirche zu erzielen, ein Grab, indem er einer Frauenleiche den Kopf abschchnitt, und ihn während einer neunmütigen Anacht auf den Hochaltar stellte. Das Gericht hat ihn zu 62 Tagen Kerkerhaft und zur Entrichtung von 100 Mk. Geldstrafe verurteilt.

München, 10. Juni. (S. T. B.) Durch einen Lausensich Löcher verurteilt wurde bei einer Attacke des Hamburger Kaiser-Regiments der Leutnant Ritt von Sedendorf.

Gera, 9. Juni. Eine unerschütterliche Stiftung von 120.000 Mark, die der Kaufmann und Volkswirtschaftler Lorenz Schneider der Stadt Gera vermachte hatte, mußte abgelehnt werden. Die Stiftung hatte nicht weniger als 276 Paragraphen, wovon jeder in 5 bis 6 Unterparagraphen geteilt war.

Worms, 9. Juni. In der hiesigen Pest- und Pflanzanstalt ist der Typhus ausgebrochen; bis jetzt sind 18 Krankheitsfälle gemeldet.

Frankfurt a. M., 9. Juni. Der bei der Expeditionskasse Ludwiger in Diensten stehende 42jährige Arbeiter Jäger aus Melsheim verunglückte in der vergangenen Nacht schwer beim Uebersteigen des verfallenen Tores; er sprang sich förmlich auf. Jäger starb bald nach seiner Einlieferung ins Hospital an innerer Verblutung. Auch die Eltern und zwei Geschwister Jägers sind auf tragische Weise ums Leben gekommen.

Paris, 9. Juni. Heute läuft die Frist ab, die Remon zur Herstellung seiner künstlichen Diamanten gewährt worden war. Er ist nicht ausgeschlossen, daß ihm eine neue, aber erdachtig letzte Frist gewährt werden wird.

Griechen.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12-1 Uhr Mittags.

R. J. D. 1. Sie sind zum Schadenersatz nicht verpflichtet.

2. Ja. C. K. Steuern können durch Lohnpfindung beigetrieben werden, wenn sie nicht seit länger als drei Monaten fällig sind. Wegen der Steuern für die Zeit vom Januar bis März 1908, die Mitte Februar fällig waren, kann also der Lohn nicht mehr gepfändet werden, weil seit dem Fälligkeitsstermin mehr als 3 Monate vergangen sind.

A. Schmiedberg. Sie müssen die Kirchensteuer für Ihre evangelische Frau zahlen. Nach dem neuen Kirchensteuergesetz sind Sie dazu verpflichtet.

W. M. R. 1. Wegen Schulden des Mannes können die Einnahmen der Frau nicht gepfändet werden. 2. Wenn Sie weniger zahlen als vereinbart, haben Sie Pfändung zu erwarten.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Sonnabend, den 13. Juni: Zimmerer. Jeden Sonnabend: Abend in Zimmer 1. Buchbinder. Mitglieder-Versammlung im Zimmer 3 eventuell im Garten. Vortrag des Gen. Dars über: Das neue Vereinsgesetz.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Stizitz 17 (Schweibniger Tor). Die Inhaber der Wählerlisten werden ersucht, dieselben Sedanstraße 18, I., abzuliefern.

Ohlau. Deutscher Transportarbeiter-Verband. Sonnabend, den 13. Juni, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Schmidt. Wegen der wichtigen Tagesordnung sind sämtliche Mitglieder eingeladen. Gausleiter Zimmerer ist anwesend. Der Vorstand.

Verantwortliche Redakteur: Ernst Wolff. — Redaktion und Expedition: Postfach 5/6. — Verlag: von Otto Schatz. — Druck von E. Schatz. — G. m. b. H. — Druck in Breslau.

Schauspielhaus

Gewerkschaft: Dr. Erlah Ziegler.
Mittwoch 8 Uhr:
3. Gastspiel:
Goldo Thalescher:
„Charles's Tante“.
Donnerstag 8 Uhr:
Goldo Thalescher:
„Der Hochtourist“.
Freitag 8 Uhr:
„Vater und Sohn“.

Breslauer Sommer-Theater.
(Lilich's Etablissement.)
Direktion: Hugo Wandolt.
Dir. Leitung: Max Landt.
Mittwoch 8 Uhr:
„Ganz der Papa“.
Donnerstag 8 Uhr:
„Kettenliebhaber“.

Victoria-Theater
Original
Budapester Orpheum-
Gesellschaft.
Anfang 8 Uhr.
Sonst Wechentage gültig.

Zeltgarten.
Dir. H. Krainik.
Täglich
Künstler-Vorstellung
im Garten.
Reines Programm.
Entree 10 Pfg.

Palmengarten
Dir. H. Krainik.
Zum 1. Male in Breslau:
„Hungaria“
Ungar. herrliche National-Spektel.
10 Personen.
Entree frei.

Dominikaner.
Böttner's Variété-Ensemble
sowie die
6 Original-Dornfels.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Kammermusiksal.
Täglich 8 1/2 Uhr abends:
Gastspiel des
„Chat noir“
aus Berlin 267
unter persönl. Leitung des
Direktors u. Komponisten
Rudolph Nelson
am Waldemar Becker's
Künstler-Marionett-Theater
„Im Nachtwald“
Polit. Revue v. Willy Wolff
Musik von Rudolf Nelson.
Fritz Grünbaum, Claire Waldoff,
Käthe Erbe, Lucia König,
Elsa Borna, Max Lawrence.

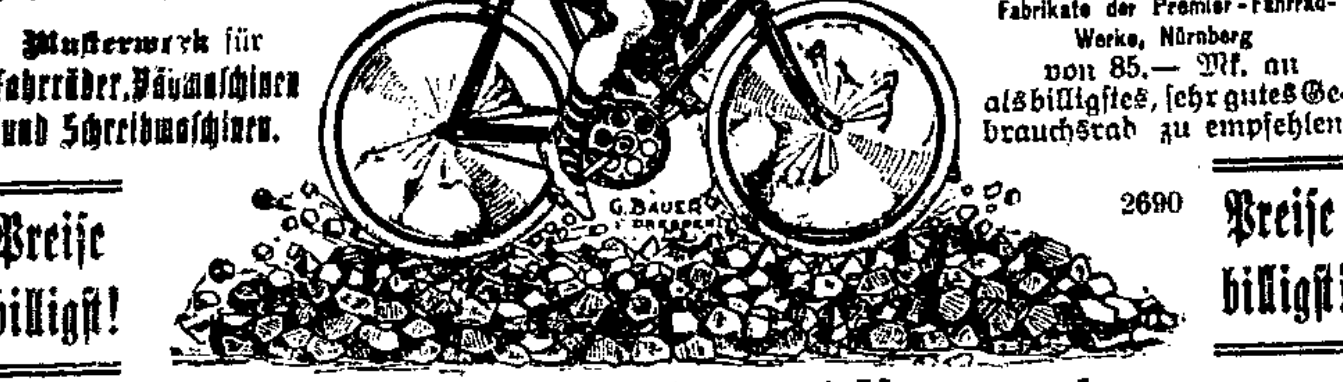
Böttcher's
Restaurant:
(Elysium).
Täglich: **Konzert**
Breslauer
Schauspielhaus-Kapelle.
Anfang 7 Uhr. — Entree frei.
Sonntags und Sonntag:
10 Pfennige.

Wahler. Garten-
Anlage 26.
Wahler Auktion
Jede Juni u.
Händelich - Institut.
Rathhausstr. 113. 1. Gg.
Damenfrisieren 2441
lehrt gründlich, billig und modern
Gefahr starr, Albinstr. 13.

Saben Sie schon die
**Kleinen
Sachsen**
produziert? Falls noch nicht,
dann bitte versuchen Sie
dieselbe. Sie kaufen sie
jedenfalls wieder. Beste 2- und
3 Pfennig-Zigarette.

Germania-Fahrräder

find weltbekannt als
erstklassige Maschinen, vorzügliche
Bauart, leichtester Lauf,
in haltbarster und vorzüglichster
Verfertigung von den
Germania-Fahrradwerken N.-G.
vorm. Seidel & Naumann, Dresden.
2500 Arbeiter.
Jährl. Umsatz 85 000 Fahrräder.



Vertretung für Breslau und Umgegend:
A. Puschmann Altbücker-Ohle 15-21.
Gegründet 1894.

Keine Zerstörung der Wäsche

kein Angreifen der Faser ist bei Be-
nutzung des neuen konkurrenzlosen
Weschmittels

Persil

zu befürchten, da es den Schmutz
spielend löst und ohne jedes Reiben und
Bürsten die Wäsche von selbst wäscht.
Für jede Waschmethode geeignet, daher
einfachste Anwendung, falscher Gebrauch
ausgeschlossen. Garantiert chlorfrei und
gefahrlos; wir kommen für jeden Schaden auf.

Alleinige Fabrikanten:
Henkel & Co., Düsseldorf
auch der weltbekanntesten Henkels Bleich-Soda.

**Jasmatzi-
Cigaretten**

**Unerreichte Qualitäten!
Grösste Verbreitung!**

Poi mit Mundstück	1 Pfg.
Lucca mit Mundstück	1 "
Uncas mit und ohne Mundstück	2 "
Unsere Marine m. u. o. Mundst.	2 "
Rillan mit Mundstück	3 "
Ramses mit und ohne Mundstück	3 "
Elegante Blechpackung.	
Elmas Gold	3-5 "
Elegante Blechpackung.	
Pteo m./M., o./M. u. Gold	4-25 "

**Böchst wichtig
für Hausfrauen.**
Feine Vanille-Stücken-
Schokolade
garantirt rein, pro Pfund 80 Pfg.
Kakao-Pulver
garantirt rein, pro Pfd. 1.40, 1.60,
2.20 und 2.60 Pfg.
Rändierter Kakao-See
immer frisch, pro Pfund 25 Pfg.
Sej. Kakoschalen
pro Pfund 10 Pfg.
Tee neuer Ernte
feine Sorten, pro Pfd. 1.-, 1.20,
1.40, 1.60, 2.- bis 3.00 Pfg.
Gras-Tee
pro Pfund 1.- bis 1.20 Pfg.
Sämtliche
Sorten Pastisbonbons
pro Pfund 40. 60 bis 70 Pfg.
ff. Konfekte
pro Pfd. 0.80 bis 2.- Pfg.
Kinder-Konfekte
pro Pfund 25 bis 50 Pfg.
empfehlen
6247
Wilhelm Boese
Schokoladen-Fabrik
Breslau I, Dorostoffstrasse 3
Schokoladen, Kakao-
und Zuckerwaren-Fabrik.

**Ostdeutsche
Handels-Akademie**
Heinrich Barber
Breslau I * Grasenstr. 12
Gegr. 1875 * Telefon 2447.
Beginn neuer Kurse
Anfang Juli 1908.
Prospekte gratis und franko.
Eintritt für Excol.-Unterricht
täglich 20 Pfg.

**Beste Bezugsquelle
für Schneiderbedarfsartikel
und Futterstoffe.** 2575
Gustav Friedr. Schulz
nur Schuhstraße 7.

**Daniel Hoffmann's
Natar-Singfänger**
Für Kammer in kleinen
Räumen à 10 u. 25 Pfg.
Überall zu haben. Excol.
Geschäft für Natur-Excol.
Kunst-Bildungen. Excol. geht
Breslau 1907. Man achte auf meine
D. Hoffmann, Breslau 2. (Tel. 2044).
2585

**Victoria
Adler**
mit 2680
mit weltberühmten Reifen.
Zahrl. Niederlage bei
Schurzmann, Gräbnerstr.
Straße 29.
Mitglieder des Arb.-Ratf.-Bundes
10% Rabatt.

**Jede kluge
Mutter** 2457
gerneht sich vor Sorgen, die aus dem
Klein-Kinder Werner Schlegel,
Breslau I, Nikolaistr. 21 gestiftet
2. R.G.M. 4, 6, 8, 10, 12 Mk.
Verlegung ausgeschlossen.
Für Damen separat I. Gg., Hausungang.
Kustwärts bis tief nach unten.
Zahlreiche Anerkennungen.

**Für
Zigarrenmacher!!** 1483
Alle Rohstoffe für
zur Zigarrenfabrikation emp-
fehlen in grösster Auswahl
und zu billigen Preisen
Carl Rother & Rode
Breslau I, Hammer 28.

Gewerkschaftshaus. 2843
Sonntags, den 13. Juni 1908:
Verein zur Pflege der dramatischen Kunst
„Der Privatdozent“.
Ein Stück aus dem atab. Leben in 4 Aufzügen v. Ferd. Wittenbauer.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Billetts sind in der Expedition dieser Zeitung, außerdem
im Gewerkschaftshaus, im Arbeiter-Sekretariat, Nikolaistr. 37,
und an der Abendkasse zu haben.
Preise der Plätze:
1. Parterre 50 Pfg., 2. Parterre 40 Pfg., Galerie 30 Pfg.

Achtung! Achtung!
Kellner und Aushilfskellner!
Mittwoch, den 10. Juni 1908, abends 8 Uhr:
Wichtige Versammlung
„Union-Bestände“, Neuschloßstr. 51.
Der Einberufer!

Kredit!

Anzahlung Nebensache.
Abzahlung nach Wunsch.

Möbel einzelne Stücke —
ganze Einrichtungen

Anzüge, Ueberzieher,
Kinderwagen, Betten,
Teppiche, Gardinen usw.

Max Biermann,
Breslau, Ring 52, 1. Gg.
neben der Stadtgasse.
Filiale: Waidenburg
i. Schl.
Auch nach
ausw.
wärts.

Einziges Spezial-Geschäft
für vollständige 2676
Trauer-Kleidung.
Trauer-Magazin August Benedix
Ring I, Ecke Nikolaistr. Tel. 4010.
Mass-Anfertigung in kürzester Zeit.
Preise billig, aber fest.

Im Erscheinen befindet sich:
Meyers Sechste, gänzlich neubearbeitete
und vermehrte Auflage.
**Grosses Konversations-
Lexikon.**
Ein Nachschlagewerk des
allgemeinen Wissens.
20 Bände in Halbleder gebunden zu je 10 Mark.
Prospekte und Probehefte liefert jede Buchhandlung.
Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.
Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volkswacht“.

**Sofortige
Provisionszahlung** 2645
für jeden Auftrag
an freibare Betten mit guten Empfehlungen
für Zuführung von
Sterbekassen- u. Kinder-Vericherung
Bewährte Fachleute werden sofort gegen
Fixum und Spesen
für die Reise verwandt. Gefl. Bewerbungen
schriftlich an die
Subdirektion der „Juna“
Victor Bursche
Breslau IV, Neuborstraße Nr. 11.

Donnerstag, den 11. Juni 1908.

4. Verbandstag der Buchdruckerhilfs-Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

In der Zeit vom 1. bis 5. Juni tagte in München obergenannter Verbandstag. Dem gedruckten Geschäftsbericht entnehmen wir folgendes:

Der Verband hat in den letzten Jahren einen sehr glänzenden Fortschritt gemacht, wozu die auf dem letzten Verbandstage beschlossenen Staffelleistungen nicht geringfügig beigetragen haben. Die Zahl der Mitglieder ist seit 1905 von 6068 auf 14.183 gestiegen, die sich auf 60 Zahlstellen verteilen und darunter sich mehr als 8000 Kolleginnen befinden. In tariflichen Verhandlungen arbeiten in 735 Buchdruckereien 6702 Mitglieder, denen in diesen Betrieben 1600 organisierte Arbeiter gegenüberstehen, die ohne jede Leistung an den Verband die Ertragsanteile der organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen mitgehen. Ebenfalls in 150 Steindruckereien ist ein Tarif für 2850 Personen eingeführt. Auch in diesen Betrieben stehen 815 organisierte, die ebenfalls einen, ohne gezahlt zu haben. — Die Gesamtsumme des Verbandes betrug 466.503,31 Mark, der sich eine Ausgabe von 390.397,00 Mark gegenüberstellt. Davon wurden allein für Krankenunterstützung 29.536,94 Mark, für Arbeitslosen-Unterstützung 41.239,31 Mark, für Streik-Unterstützung 54.487,07 Mark und für Gemeinnützigen-Unterstützung 4674,05 Mark verausgabt. Die Kasse erforderte die Summe von 16.891,85 Mark. Die Kasse unter den Arbeiterinnen wird als mäßigvoll bezeichnet, die recht oft noch durch Mächtigungen etlicher Maschinenmeister und Angehörige des Sennfelder-Bundes erschwert wird. Ueber Tarif- und Lohnforderungen referiert die Verbands-Kasse, sie weist auf die früheren Verhandlungen hin, wo es darum ging, die Kollegen der Buchdruckerei bei Forderungen der Hilfsarbeiter absetzen zu lassen, weil die Buchdrucker zum Teil durch tarifliche Abmachungen gebunden waren. Dieser Zustand zwang den Verband, nach tariflichen Abmachungen zu drängen. Durch eine Statistik, an der sich 30 Zahlstellen beteiligten, wurde das Material zusammengetragen und die Grundlage zu den Tarifabschlüssen geschaffen. Wenn auch nicht alles, was berechnet und wünschenswert sei, durch die Tarifverträge geschaffen ist, so ist doch schon Bedeutendes durch dieselben erzielt worden; so werden zum Beispiel in tariflosen Betrieben keine jugendlichen Arbeiter mehr an den Tagespressen und Arbeiterinnen nicht an Maschinen mit Fußbetrieb beschäftigt. Die Erfahrungen lehren, daß der Abschluß weiterer Verträge hinsichtlich des Schutzverbandes der Unternehmer für Steindruckerei und Lithographie dringend notwendig ist. Die weiteren Ausführungen der Referenten sind in einer Resolution niedergelegt, die auf der Basis der in Leipzig getroffenen allgemeinen Bestimmungen aufgebaut ist.

Sillier, Vorsitzender des Photographen- und Stein-drucker-Verbandes, spricht sich für Errichtung einer Arbeiterkammer aus. Er hält einen Zentralverband für das graphische Gewerbe für ein dringendes Bedürfnis.

Ueber Kasse referiert Kollektin P. v. Berlin. Ihre Ausführungen sind ebenfalls in einer Resolution niedergelegt, wonach, um die Entwicklung der Draufkassette zu fördern, die Bildung von Gassen mit beidseitigen Kassetten gefordert wird. In erster Linie soll Rhein- und Westfalen und der Osten Deutschlands berücksichtigt werden. Die Resolution findet einstimmige Annahme.

Die zur Statutenänderung gestellten Anträge werden in einem ausführlichen Referat vom Kollegen Ledebur behandelt und die Licht- und Schattenseiten derselben hervorzuheben. Es sind als Neuerungsführer von Unterhaltungsvereinen, Wäckerinnen, Sterbe- und Unzucht-Unterstützung vorgeschlagen. In dieser Anträge wird eine Kommission gewählt. Der Redakteur P. u. c. gibt den Bericht über die Presse und schildert die Schwierigkeiten, die es verursacht, wenn die Arbeiten des Redakteurs im Nebenamt ausgeführt werden müssen. Dadurch haben sich manche Mängel herausgestellt, die in Zukunft abzuändern sind. Auch ist das schätzbare Erbe der „Solidarität“ dringend geboten. Die Debatte hierüber gestaltet sich lebhaft und werden die verschiedenartigsten Wünsche hiesbezüglicher Art laut.

Die gewählte Kommission erstattet Bericht und werden auf ihren Antrag folgende Beschlüsse, die sich zum Teil mit den Vorstandsberichten decken, gefaßt:

Der Antrag der Kommission, den Wäckerinnen eine Unterstützung in Höhe von 10 Mark zu gewähren, wird angenommen. — Schwangere, die infolge ihres Zustandes keine Arbeit mehr bekommen, haben keinen Anspruch auf Unterstützung.

Der Bezug der Krankenunterstützung wird auf 5 Wochen beschränkt.

Streikunterstützung wird nicht gezahlt, wenn der Streik länger als drei Tage währt. Die Streikunterstützung darf zwei Drittel des Wochenlohnes, im äußersten Falle 16 Mark nicht überschreiten. Als Verwaltungskosten wird den Zahlstellen sieben Prozent der Beiträge gewährt. Vom 1. Oktober soll die „Solidarität“ wöchentlich erscheinen. Das neue Statut soll mit dem 1. Oktober in Kraft treten.

Die Wahl der Vorstandsmitglieder ergibt die Wiederwahl der Kollegin Thiede als Vorsitzende und Lohndahl als Kassier. Als Redakteur wird Kollege P. u. c. gegen elf Stimmen gewählt. Der nächste Verbandstag soll in Bremen abgehalten werden.

Partei-Angelegenheiten.

Ein Preßprozeß der Leipziger Volkszeitung. Im Anschluß an den Münchener Preßprozeß brachte die „Leipziger Volkszeitung“ am 3. und 4. Juli 1907 zwei Artikel, „Die blonde Bestie“ und „Ein hecker Verbrecher“, die sich in der Hauptsache mit dem Vorgehen Dr. Arendts in der Wohnung des Kolonialdirektors Dr. Kayser beschäftigten und Dr. Arendt Einbringen in die Wohnung und Erpressung vorwarfen. Gleichzeitig wurde in einem Artikel behauptet, daß Dr. Arendt in München einen Weineid geleistet habe. Am Sonnabend fand die Verhandlung der Klage des Dr. Arendt vor dem Schöffengericht statt. Dr. Peters war als Zeuge erschienen. Die Parteien schlossen einen Vergleich. Redakteur Müller erklärte, daß er den Vorwurf des Weineides und der Erpressung nach dem Gange der Verhandlung und des beendeten Prozesses der Frau Direktor Kayser, die verlesen wurden, nicht aufrecht erhalten könne und ihn unter dem Ausdruck des Bedauerns zurückziehe.

Arbeiterbewegung.

Kesseltreiben gegen technische Beamte. Wie die „Frankf. Zeitung“ berichtet, hat der Verband Bayerischer Metallindustrieller ein streng vertrauliches Rundschreiben an seine Mitglieder gerichtet, worin er auffordert, nach Möglichkeit auf Reduzierung der in den Betrieben beschäftigten Angehörigen des Bundes technischer Beamter zu dringen, sowie die weitere Einstellung solcher Beamten zu verhindern.

Die Beamten haben getraut, Wünsche und Forderungen zu äußern, dafür müssen sie gestraft werden. Trotzdem wird man immer wieder das Märchen von der Harmonie der Interessen zwischen Kapital und Arbeit versuchen.

Der Hungerstreik hat folgenden Wortlaut:

Streng vertraulich! Nürnberg, den 3. Juni 1908.

In die Mitglieder des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller.

Der Vorstand des Verbandes hat in seiner Sitzung vom 21. Mai 08 folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Es wird gegenüber den Bestrebungen des Bundes Technischer Industrieller Beamter Stellung in der Art genommen, daß nach Möglichkeit auf Reduzierung der in den einzelnen Werken beschäftigten Mitglieder hingewirkt wird, insbesondere sind bei Neuaufnahmen Erkundigungen nach der Angehörigkeit zu diesem Bunde anzustellen und haben Neuaufnahmen für diesen Fall zu unterbleiben.

Kerner wird ein Antrag an den Gesamtverband deutscher Metallindustrieller gestellt, in die Beratung gemeinsamer Maßnahmen mit unmisslicher Beschleunigung einzutreten und schon jetzt seinen Mitgliedern die gleiche Stellungnahme wie oben bezeichnet zu empfehlen. In dieser Richtung ist auch auf den Verein deutscher Arbeitgeberverbände einzutreten.

2. Die gleiche Stellungnahme soll gegenüber nachstehenden kaufmännischen Organisationen eingenommen werden: Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband Hamburg. 1858 er Verein für Handlungsbeamte Hamburg. Verein Deutscher Kaufleute Berlin und Verband Deutscher Handlungsgehilfen Leipzig.

Bei diesen Verbänden aber soll möglichst jetzt schon eine Ausmerzung der Mitglieder aus den Beamten der einzelnen Werke angestrebt werden.

Die Gründe, welche den Vorstand veranlassen, in dieser Weise gegen die Organisation der Angestellten Stellung zu nehmen, ergeben sich aus dem anliegenden Schreiben. Aus den Verhandlungen erlauben wir uns noch anzuführen, daß in der Sit-

zung festgestellt wurde, daß mit diesen Anträgen der Verband in erster Linie seine Stellung zu den Organisationen der Angestellten dokumentieren wollte, daß aber ein ausgesprochenes Bona auf die Mitglieder nicht ausgeübt werden soll. Es wurde aber der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse im Sinne des Antrages vorgehen werden.

Eine Anfrage an die „objektiven Behörden“ der Welt: Was würde Arbeitern geschehen, die in gleicher Weise den Versuch unternehmen, den Unternehmern das Staatsbürgerrecht zurück zu machen? — Und eine andere Frage, an die große Masse der technischen Beamten, an jene Leute, die sich stets als die Engherzigen der Großindustriellen, als deren „natürliche Verbündete“ betrachten: Inwiefern unterscheiden sie sich jetzt noch von dem einfachen Arbeiter der vom Kapital in der bekanntesten Weise gepreßt und bei Lohnforderungen hinausgeworfen wird? Werden die Beamten jetzt bald begreifen lernen auf welcher Seite ihr natürlicher Bundesgenosse steht?

Vom „freien Spiel der Kräfte“. Arbeiter, die ihr Arbeitszeit verkürzen, ihren Lohn um ein paar Pfennige erhöhen wollen, um sich ein menschenwürdiges Dasein zu sichern, haben in den Augen der Kapitalistenklasse das Recht auf Arbeit verscherzt. Wer den gewöhnlichen Unternehmerprofit antastet, dem erklären die Unternehmer Kampf bis zur Vernichtung der Existenz, ohne über juristische oder moralische Zwangsmaßnahmen zu sprechen. Streikende und ausgesperrte Arbeiter können durch ganze liebe Vaterland ihren; sie kopfen vergebens bei den Unternehmern um Arbeit an; durch das infame, hinterlistige System der schwarzen Liste werden sie schonungslos ins Elend hinabgestoßen! An Vaugeschäfte wurde kürzlich wieder folgendes Zirkular versandt:

Verleitung der Arbeitgeber im Plattengewerbe: Domizil: Essen a. d. Ruhr. Liste der streikenden Plattarbeiter, die nirgends eingestellt werden dürfen.

(Liste IV) (Folgen circa 50 Adressen von streikenden Arbeitern Westdeutschlands.)

Streikbrecher dürfen „einen todschlagen“. Unternehmer dürfen in Verzug erklären, Fabrikpächter dürfen zum Verzicht auf Staatsbürgerrechte nötigen. Dafür leben wir im Staate der besten Rechtsgaranten.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 10. Juni

Geschichtskalender.

11. Juni.

- 1847 Der englische Seefahrer und Nordpolforscher Sir John Franklin auf einer Nordpolexpedition.
- 1864 Der Komponist Richard Strauss („Salome“) in München.
- 1878 Attentatsauslösung des Reichstags.

* Eine recht heikle Frage richtet die „Schlesische Morgenzeitung“ an den „General-Anzeiger“. Sie vermöbelt zunächst dessen Druckerei wegen des Sauberdens-Flugblattes, das der „General-Anzeiger“ gegen die Konservativen druckte, bemerkt so nebenbei, daß die oberflächliche, von trauer Unwissenheit in politischen Dingen zeugende, skrupellose Art des Flugblattes auf gleichem Niveau wie die Artikel des „General-Anzeigers“ ständen und die Vermutung nahelege, daß sie aus gleicher Quelle fließen, und fährt dann fort:

„Mag dem nun aber sein, wie ihm wolle, das im liberalen Besitz befindliche Blatt („General-Anzeiger“) hat sich bei der gegenwärtigen Wahlkampagne eine politische Plam angezogen, von der es sich selbst nicht wieder erholen wird. Wir fragen angelegentlich des Breslauer Wahlergebnisses: Wo sind denn die Wählerkreise, die hinter dem „General-Anzeiger“ stehen? Die 13.000 sozialdemokratischen Stimmen? Die reklamieren die „Volkswacht“ für sich. Die sehr zahlreichen jüdischen Wahlmänner? Die lassen sich „Breslauer Zeitung“ und „Breslauer Morgenzeitung“ nicht nehmen. Die Bürgerchaft Breslaus? Wir meinen natürlich die christliche. Die hat in so bewährter Weise „konservativ-liberal“ gewählt. Der „General-Anzeiger“ gesteht es selbst in Behmut zu.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Die Freie Studentenschaft, die auch an der Breslauer Universität eine feste Gruppe bildet, hält vom 9. bis 12. Juni in Weimar ihren 8. Freistudententag ab. Die Tagesordnung umfaßt folgende Punkte: Dienstadt, den 9. Juni, Abends 8 1/2 Uhr. Öffentliche Versammlung. Vortrag des Herrn Dozenten Dr. R. Heise, Generalsekretär der Comenius-Gesellschaft und des Herrn Privatdozenten Dr. Obr: „Die geistigen Grundlagen der freistudentischen Selbstregierung.“ Disputation. — Mittwoch, den 10. Juni, Morgens 8 1/2 Uhr: Geschlossene Versammlung. Januere Umbau der Deutschen Freien Studentenschaft. Bericht des Vorstandes: Ueberblick über die Gesamtlage und die nächsten Ziele. Satzungen der Deutschen Freien Studentenschaft. Wie treiben wir wirksame Propaganda? Fall Goethe. Referat des Herrn Dr. Roth: „Die Ausländerfrage an den Hochschulen des Deutschen Reiches.“ — Donnerstag, den 11. Juni: Geschlossene Versammlung. Besprechung der Vorträge für Studierende an der Hand eines christlichen Referates. Referat des zweiten Vorstandes cand. phil.: „Studentische Vereine.“ Fall Marburg. Referat des Herrn cand. phil. Beermann: „Allgemeine Studentenausweise.“ Vortrag des Herrn Professors Scheidemann: „Der deutsche Schülerbund.“

Napoleons Schwager. Bei Mon-Mourell in Paris erscheint soeben der erste Band des Briefwechsels zwischen Napoleon Murats, ein Werk, das für die Geschichtsschreiber des ersten Napoleonischen Kaiserreichs von höchstem Interesse sein dürfte. Paul de Brethon, Bibliothekar an der Nationalbibliothek zu Paris, hat die Briefe, die der König von Neapel geschrieben und empfangen hat, sorgfältig geordnet und kommentiert. Die Briefe — es sind nicht weniger als 15.000! — enthalten eine Menge intimer Details, die die Beziehungen Murats zu seinem Schwager Napoleon in neuem Licht erscheinen lassen.

Während des Feldzuges in Italien (1797) findet man bei Murat die beständige Angst, daß er Bonapartes Freundschaft verlieren könnte. Bonaparte beruhigte ihn, macht ihm aber Vorwürfe wegen des Lotterlebens, das er in Brescia führte; in Brescia lebte nämlich Murats damalige Geliebte, die Gräfin Gerardi, die für die schönste Frau der Lombardet galt. Ihren von Brescia datierten Brief erhalte ich erst heute“, schreibt Napoleon. „Ich weiß, was ich von Ihrer militärischen Tätigkeit, von Ihrem Mut und von Ihrem Eifer zu halten habe. Ich habe nie auch nur einen Augenblick daran gezweifelt, aber ich meinte, daß Sie bei Ihrer Division nötiger sind als bei Ihrer Geliebten in Brescia, besonders nachdem der erste Augenblick vorüber ist. Ich grüße Sie.“ Wenn Murat an seinen Schwager schreibt, beklagt er sich fast immer über Mangel an Freundschaft

und an Vertrauen: „Haben Sie doch mehr Vertrauen zu mir, hören Sie doch auf, mich wie ein Kind zu behandeln. Ich gebe Ihnen die Versicherung, daß ich kein Kind mehr bin.“

Göh v. Berlichingen im Freilichttheater. In Dießenhofen am Rhein, im schweizerischen Kanton Thurgau, soll im Juli und August dieses Jahres Goethes „Göh von Berlichingen“ im Freien aufgeführt werden. Das Drama wird innerhalb des festen Rahmens einer dreiteiligen Bühne und vor der Bühne aufgeführt. Der Bühnenbau selbst ist unter drei mächtigen Linden errichtet. Die größere Mittelbühne stellt eine gotische Halle dar und ist für die Bamberger Szenen und die Gerichtszenen reserviert. Für zu beiden Seiten sind in stumpfem Winkel gegen den Zuschauerraum die beiden kleineren Bühnen von einem alten Bergfried flankiert, rechts ein niedriger Bau, architektonisch angelehnt; links (vom Zuschauer) Fachhäuser, an einen alten Wachturm angelehnt, für die Szenen, die sich in der Schenke abspielen. Die Mittelbühne ist durch einen Vorhang, der beiden Seitenbühnen durch leicht sich öffnende Tore gegen den Zuschauerraum abgeschlossen. Vor die drei Bühnen, dem Grundriß der Gesamtbühnenfassade folgend, ist die große Erdbühne vorgelagert, die den freien Szenen, namentlich den kriegerischen Szenen im dritten und fünften Akte, dienen soll. Die Spieler sind sämtlich Dilettanten.

Der Entdecker des Blutkreislaufes. Vor 250 Jahren, am 3. Juni 1658, starb in Hampton (jetzt zu London gehörige Vorstadt, in der sich Karl Marx Grab befindet,) der berühmte Physiologe William Harvey, der Entdecker des Blutkreislaufes, der eine ganz neue Epoche in der Medizin einleitete. Harvey war 1578 eine ganz junge Epoche in der Grafschaft Kent geboren, hatte in Cambridge in Padua studiert und lebte dann in London als Arzt. Dort wurde er Professor der Anatomie und Leibarzt Karls I. Seine Entdeckung des Blutkreislaufes, die allerdings auf mehreren Vorarbeiten beruhte, lebte er seit 1619 in seinen Vorlesungen und veröffentlichte sie alsdann in dem Werke: „De motu cordis et sanguinis.“ (Ueber die Bewegung des Herzens und des Blutes.) Einer seiner brillantesten Gegner war Rivoli, gegen den er seine Entdeckung in einer Schrift „De circulatione sanguinis ad Rivolanum“ nachdrücklich vertheidigte. Auf seine Forschungen baute Harvey die Evolutions- und Güteorie auf; für die er die Formel schuf: „omnis animal ex ovo.“ (Jedes lebende Wesen stammt aus dem Ei.) Dem großen Forscher wurde 1881 in seiner Vaterstadt ein Denkmal errichtet.

Ein einträgliches Geschäft. Das von F. Arronge hinterlassene Vermögen wird, wie der „Konst.“ berichtet, auf sechs Millionen Mark geschätzt. Der verstorbene Dichter war vermöglicher der Häuser, in denen sich das Deutsche Theater und die Kammerspiele befinden. Diese verkaufte er mit großem Gewinn. Ein großer Teil seines Vermögens stammt aber aus den Lantienem, die er jah-

zehntelang aus seinen Theaterskuden bezog, die bekanntlich über alle deutschen Bühnen gegangen sind.

Was seid ihr, Goethe, Schiller, Lessing, Heine und all die vielen anderen aus dem deutschen Dichterdarm der klassischen Periode für Hungerleider gegen einen modernen, kaufmännisch veranlagten Literaten.

Aus aller Welt.

Vier Opfer einer Familientragödie. In Berlin wurden die drei Kinder und die Frau des Fabrikarbeiters Rankwitz in ihrer Wohnung erhängt aufgefunden. Zwischen den Eheleuten herrschte oft Hant und Streit, da der Mann ein Liebesverhältnis unterhielt. Am Donnerstag Abend kam es zwischen den Eheleuten abermals zu Zwistigkeiten. Der Mann entfernte sich daraufhin aus der Wohnung und kam erst am Sonnabend Abend wieder. Ihm bot sich ein schrecklicher Anblick. Die Mutter hing tot an einem Spiegelhaken. Das älteste Mädchen lag in einem Bett erdrosselt. Die beiden anderen Kinder, ein Mädchen von 9 Jahren und ein vierjähriger Knabe, lagen ebenfalls erdrosselt in einem Bett.

Ein verhängnisvoller Zugunfall ereignete sich am Montag Nachmittag in Norditalien. Nach einem Telegramm aus Novara ließ in Roccapetra in der Nähe von Baralla ein Passagierzug mit einem Güterzug zusammenstoßen. Der von Barallo kommende Personenzug war mit Pilgern besetzt, die die Kirche der gekrönten Jungfrau besucht hatten. Infolge eines Maschinenfehlers war der Zug im Bahnhof Roccapetra liegen geblieben. Der ankommende Güterzug stieß mit Wucht gegen den letzten Wagen und schob diesen über die anderen. Die Geiseln und Verwundeten sind sämtlich Italiener aus Baralla und Umgegend. Zwei Männer und zwei Frauen wurden getötet; 65 Personen wurden verwundet, darunter mehrere schwer.

Nach einer späteren Meldung belüßt sich die Zahl der bei dem Eisenbahnunglück von Roccapetra Getöteten auf 9, nachdem vor den 7 Schwerverwundeten, die nach dem Spital zu Baralla gebracht werden sollten, noch 4 auf dem Transport gestorben sind. 22 Verwundete wurden in Novara, die übrigen in der Pfarrkirche zu Roccapetra untergebracht.

Katastrophen in Amerika. Die vereinigten Staaten sind abermals von verheerenden Wirbelstürmen heimgesucht worden. Aus Omaha wird gemeldet: Ein Wirbelsturm wühlte im südlichen Nebraska und im nördlichen Kansas. Ein weites Gebiet liegt verheert. 21 Menschen wurden getötet. 75 Häuser liegen in Byron, Geneva und anderen Städten in Trümmern. In Gladstone (Colorado) läßt man die Zahl der ums Leben gekommenen auf 23.

Was bleibt übrig? Ein paar, eine handvoll unbewusster, unpraktischer, und wie wir nach den letzten Erfahrungen sagen müssen, höchst williger Wortklaubler. Die können wir dem Weltblatt von Bergen. Mit ihnen soll es nur weiter in Breslau Pollitz treiben.

Eine Antwort auf diese heikle Frage hat man in der Weidenstraße bisher nicht gefunden. Und wird sie wohl auch nicht finden. Freilich: Wenn wir anstatt 8000 Stimmen zu gewinnen, ebensoviele verloren hätten — dann wäre sicher der „General-Anzeiger“ für bei der Hand gewesen, um sich das Verdienst an solch „staatsverhaltendem Erfolge“ zuzuschreiben. So aber? Bringt er pöbelhafte Anwürfe des Reichstagenverbandes gegen uns und muß zusehen, wie die Zahl unserer Anhänger nicht nur nicht ab-, sondern um das Doppelte zunimmt!

Die preussischen Lehrerinnen in Breslau.

VII. ordentliche Versammlung des Landesvereins preussischer Volksschullehrerinnen. Im Anschluß an den Vortrag über „Staats- und Kommunal-schule“ entspann sich eine rege Diskussion. Sodann gab Hil. Jastrow einen Bericht über die Lehrerinnen der Schuldeputation. Auf Grund des § 14 des Preussischen Volksschulunterrichtsgesetzes, welcher bei gewisser Erweiterung der Schuldeputation die Auswahl von Lehrerinnen gestattet, sind von fast allen Ortsgruppen des Landesvereins Eingaben an die städtischen Behörden gemacht worden. Derzeit seien in 31 Orten je 1 bzw. 2 Lehrerinnen gewählt, an 7 Orten die Wahl von Lehrerinnen im Ausschluß genommen. Es werden somit in den preussischen Schuldeputationen demnächst etwa 40 Lehrerinnen Sitze und Stimme haben.

Mächtig ist das Gesetz — mächtiger der Gendarm!

Aus dem Kammergericht in Berlin wird uns geschrieben: Straßenpolizeiverordnung gegen Vorkottzettelverteiler: das ist das neueste im Polizeikampf gegen die organisierte Arbeiterschaft. Genosse Förster verurteilte am 27. Oktober 1907 auf der Orlauer Chaussee in Breslau Flugzettel, die die Aufforderung enthielten, ein Lokal in Tschanisch zu meiden, weil der Wirt seinen Saal zu Versammlungen nicht herbeigebe. Zwei politische Gegner waren darüber erobert und beschwerten sich beim Gendarm. Sie erklärten, sich „belästigt“ zu fühlen. Der Gendarm forderte nun Förster auf, sich zu entfernen und das Verteilen der Zettel auf der Chaussee zu unterlassen. Er ging langsam weiter, gab aber doch von Zeit zu Zeit Vorkottzettel an Passanten ab. Er wurde angeklagt und in zweiter Instanz vom Landgericht Breslau wegen Uebertretung der Regierungs-Polizeiverordnung vom 26. Juni 1900 zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er trotz des Befehls des Gendarmen, der zur Erhaltung der Leichtigkeit, Bequemlichkeit und Sicherheit des Verkehrs ergangen sei, das Verteilen der Vorkottzettel auf der öffentlichen Straße (Chaussee) nicht eingestellt habe. Die Verordnung verlangt, daß unbedingt Folge zu leisten sei solchen Anordnungen der Sicherheitsbeamten, die zur Erhaltung der Ruhe, Ordnung, Sicherheit, Leichtigkeit und Bequemlichkeit des Verkehrs auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen etc. ergehen. Das Landgericht erachtete die Verordnung für anwendbar, nachdem es das Vorliegen „groben Unfugs“ (§ 366 Nr. 11 des Strafgesetzbuchs) und ein unentgeltliches Verteilen im Sinne des § 10 des preussischen Pressgesetzes verneint hatte. (Förster hatte vom „Ausraggeber“ 50 Pfennig Entgelt erhalten.)

Das Kammergericht verwarf die Revision des Angeklagten mit einem Hinweis auf seine bekannte Praxis in Bezug auf Streikposten.

Die Allmacht des Schuhmanns und Gendarmen, welcher behauptet, er handele „zur Erhaltung der Sicherheit“ über

Religionsvergehen. In der Kirche eines oberpfälzischen Dorfes stand ein Andächtiger einem anderen in einer Ecke oben an der Empore einen Papierstreifen an den Kopf. Der so Geschändete verlegte jenem dafür eine Watschn und bröte andächtig weiter. Beide erhielten nun vom Landgericht in Amberg je einen Tag Gefängnis — wegen Religionsvergehen!

Die bogenenden Bildhauer. Am Eingang des Großen Pariser Anstaltungsgebäudes ereignete sich am Sonntagabend eine peinliche Szene. Der Bildhauer Antoine Carles, der staatlicherseits den Auftrag erhalten, die Büste des Präsidenten Fallières anzufertigen, war gerade im Begriffe, die Räume des Anstaltungsgebäudes zu verlassen, als ihm ein anderer Bildhauer, namens Barreau, den Weg vertrat und ihn unter wüsten Schimpfreden zu mißhandeln begann. Carles setzte sich zur Wehr, und es entspann sich ein regelrechter Boxkampf zwischen den beiden Bildhauern, während das Publikum in weitem Bogen Kreise bildete. Erst als die Befürchtung nach wurde, daß die wuchstenden wuchtvollen Büsten beschädigt werden könnten, machten sich die Anstaltsbeamten daran, die beiden Streitenden zu trennen, die blutbestreift und arg zerkratzt die Stätte der Raufpartie verließen. Barreau motivierte sein seltsames Benehmen damit, daß Carles anonyme Briefe an irgendwelche Personen geschrieben haben solle, durch die er, Barreau, schwer in seiner künstlerischen Ehre gekränkt worden sei. Beide Parteien sind übrigens Offiziere der Region d'Orléans. Die weitesthin bekannt wird, hat Carles heute Barreau keine Jungen zehndelt.

Ein erschlagener Redakteur. Am Samstag wird gemeldet: Der Redakteur der liberalen „Anger Tagespost“, Dr. Adolf Huber, wurde am Freitagmorgen Morgens von einer Militärpatrouille bei einem Wäldchen erschlagen. Er lag im Kranenhaus um 10 Uhr Rommeltag, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben. Man glaubte anfangs, Dr. Huber habe sich durch einen Sturz von einer Leiter während der Verlesung von einem politischen Gegner getötet, wurde festgestellt, daß Dr. Huber wahrscheinlich das Opfer eines Mordanschlags geworden ist. Ein Bäckereigast erzählte, Dr. Huber sei Sonntag früh mit drei Unbekannten in Streit geraten. Die drei schlugen mit Säbden auf ihn, bis Dr. Huber bewußtlos zusammenbrach. Die Täter entkamen sich dann. Dr. Huber ist 34 Jahre alt und seit 1900 Redakteur der „Tagespost“. Er war Kronzeuge im Prozeß gegen den Abgeordneten Wolf und hatte wiederholt Streit mit seiner Frau, die ihn öfter auf offener Straße attackierte.

Meine Chronik. Die auch Adla von Sonntag gemeldet wird, ist der letzte durch Schwelgen verursachte Skandal der Kaiserin. Die Dame am Sonntagabend beim Einhalten des Pfingstfestes ebenfalls getrocknet und herabgefallen. Personen wurden nicht verurteilt. — Der Oberleutnant Dr. Schanzl vom 9. Dragonerregiment verübte Selbstmord durch Erhängen. Die Familie des Unglücklichen war verurteilt. — In der am Sonntag abendigen Postzeit wurde ein Telegramm auf dem Postamt in Gloggnitz, dessen Inhalt nach 30 Minuten abgelesen. Einige Personen sind dabei verunglückt. — Auf der Wallfahrt bei Dreyers führte ein Felssturz auf einem vorübergehenden Berg. Es traf die letzten Stufen und ein Mann mit drei vor ihm liegenden Kindern in die Tiefe. Sechs Personen wurden verletzt, zwei werden verunglückt.

Bequemlichkeit des Verkehrs“, erscheint also in neuer Darstellung im schönsten Glanz. Auch damit werden wir uns abfinden. Oder blüht man sich etwa ein, diese Art der Rechtsprechung würde uns veranlassen, Lokale zu besuchen, die uns nicht passen?

Kinderelend auf dem Lande.

Die Veranlassung schuldiger Kinder zur Feldarbeit hat sich schon oft als für ihre Gesundheit schädlich, ja verderblich herausgestellt. Wie oft hat schon die „Vollmacht“ die Art und Weise gezeigelt, wie Kinder im zartesten Alter gleich den Alten zu allen Arbeiten auf dem Lande herangezogen werden. Niemand trägt danach, ob sie Einbuße für ihr Leben und Genuß erleben. Ja, heißt es, die Kinder drängen sich selbst dazu, und ein bißchen Arbeit schadet ihnen gar nicht, das macht sie kräftig und sie gedeihen besser. Wenn aber ein Unfall geschieht, dann ist das Jammer groß. In der Sitzung des Schiedsgerichts für die Arbeiter-Versicherung vom 28. v. M. wurden zwei Fälle von Kinder-Unfällen verhandelt, der einen jeden mit Mitleid erfüllt. Es wird uns darüber berichtet:

Das etwa 10jährige Schulmädchen Ottilie Melz im Kreise Groß-Wartenberg mußte der Mutter beim Kartoffelgraben mithelfen. Des Mädchens Arbeit bestand darin, daß es die ausgegrabenen Kartoffeln in Körbe schütten und diese nach dem berechnenden Wagen, der in ziemlicher Entfernung stand, tragen mußte. Auf einem dieser Gänge geschah es, daß das Kind den Fußstapel am Schuh rieb. Das Kind achtete nicht halb darauf und kam der Weisung der Mutter, die Arbeit fortzusetzen im kindlichen Gehorsam nach. An demselben Tage noch schwoll der Fuß an und da nicht bald ärztliche Hilfe zur Stelle war, (auf dem Lande ist die Herbeischaffung eines Arztes mit großen Schwierigkeiten verknüpft), trat eine Ruochenreiterung ein, die sich bis zur Hüfte ausdehnte. Das Kind litt schreckliche Schmerzen, der Zustand wurde so schlimm, daß der Arzt schließlich zur Operation schreiten mußte. Dem Kinde wurde der Unterschenkel amputiert.

Der behauerte Vater beanspruchte vom Kreis-Ausschuß für seine Tochter Unfallrente, da sie doch im Betriebe der Landwirtschaft verunglückt und er versichert sei. Das Gesuch wurde indessen aus materiellen Gründen abgelehnt. Erstens bestreitet die Kreisverwaltung die schweren Unfallfolgen mit der Reibung an dem Schuh in irgend einem Zusammenhang zu bringen. Es sei ganz ausgeschlossen, daß diese in so kurzer Zeit ein so schweres Leiden hervorbringen könnte. Wie das Leiden aber entstanden sein könne, darüber stehen die Ärzte vor einem Rätsel. Das Mädchen mußte schon mit einer Krankheit behaftet gewesen sein. Zweitens liegt auch kein Betriebsunfall vor, ja überhaupt kein Unfall, denn das Verlesen an einem Schuh könne jedermann passieren, der auch seinen Betriebsgefährten ausgesetzt ist. Der Vater beruhigte sich bei diesem Bescheide nicht, er verklagte den Kreis-Ausschuß beim Breslauer Schiedsgericht. Das verurteilte Kind trug er dem Armen, ein Witz des Panniers. Er behauptete, daß doch ein Betriebsunfall vorliege, die Reibung könne durch das Tragen des schweren Korbes entstanden sein. Er sei doch versichert, bezahle seine Beiträge, und so müsse doch eine Entschädigung geleistet werden.

Das Schiedsgericht stellte sich jedoch auf den Standpunkt des Kreis-Ausschusses und wies die Klage ab! Nicht einmal die Reisekosten wurden ihm veraußert!

In dem anderen Falle handelt es sich um ein 12jähriges Mädchen, das seine Mutter vom Erzieherin in der Stadt hat. Damit hat es folgende Bewandnis. Der Vater ist Stellenbesitzer mit einigen Morgen Acker, auch hat er ein paar Morgen Pachtland. Dieser liegt vom Häuschen in ziemlicher Entfernung. An einem schönen Tag im August beabsichtigte die Letzte Gras zu mähen. Die Mutter nahm sich eine Karre und machte sich auf den Weg. Das Tochter mußte die Mutter begleiten. Es sollte das Gras anfrachten und in den Karren tragen. Untermwegs ging die Mutter nahe am Rande des Weges, sie stolperte, der Karren fiel um und zog die Frau mit sich, die in einen Teich fiel. Sie wäre überleben, wenn das beherzte Kind ihr nicht zur Hilfe gekommen wäre. Bei der geleisteten Hilfe verletzte sich das Kind ganz erheblich. Von November bis Mai lag das brave Mädchen namens Martha Schuppe im Krankenhaus krank darnieder und ist auch heute noch nicht hergestellt. Der Kreis-Ausschuß hat auch in diesem Falle die Genehmigung einer Unfallrente abgelehnt, weil ein „Betriebsunfall“ nicht vorliege!! Das Schiedsgericht erkannte an, daß der Kreis-Ausschuß zur Entschädigung verpflichtet sei, nur über die Höhe der Rente entstanden Zweifel. Der Vertrauensmann, Rechtsanwalt Dr. Göbel, behauptete, daß für die erste Zeit die Vollrente und jetzt eine Teiltrante von 33 1/2 Prozent zu zahlen sei. Das Schiedsgericht konnte sich nicht dazu verstehen, dem Gutachten Folge zu geben. Es soll noch einmal der behandelnde Arzt gehört werden.

Wie viel Landkinder mit den verunglückten, von denen die Deffentlichkeit nichts weiß, wie viel Kinder mögen die Dominien zu Krüppel gemacht haben. Wie notwendig wäre da ein gesetzlicher Kinderbeschütz! Aber freilich: Im Reichen der Blockpolitik ist an solche Reformen nicht zu denken, hintermalen sie ja den Junkern an die Nieren gingen.

Die Krankenkassen sollen immer bluten.

Ueber die letzte Sitzung des Bezirks-Ausschusses wird uns berichtet:

Wegen Erhaltung von Verpflegungskosten klagt die Landes-Versicherungsanstalt gegen die Ortskrankenkasse für Zubehörer, Gold- und Silberarbeiter, gegen die freie Hilfskassen-Vereinigung, gegen die Ortskrankenkasse für Mechaniker, Leinwand- und Instrumentenmacher, gegen die Ortskrankenkasse für Tischler und Piano- und Orgelbauer. In allen Fällen der gleiche Anspruch auf Erhaltung von Verpflegungskosten für die in ihre Zellhöfen aufgenommenen Kassenmitglieder.

Die Landesversicherungsanstalt Schließen nützt, nach all den vielen Fällen zu urteilen, die Bestimmungen des § 18 des Invalidenversicherungsgesetzes demnach zu ihren Gunsten aus, daß sie für all diejenigen Personen, bei denen sie das Heilverfahren eröffnen, ohne weiteres von der Krankenkasse die Erhaltung der Verpflegungskosten in Höhe des dem Kassenmitglied zustehenden Krankengeldes fordert.

In der stets wiederkehrenden Begründung der Verweigerung wegen Erhaltung von Verpflegungskosten heißt es: daß das Kassenmitglied sich bei der Ortskrankenkasse in nicht krank gemeldet habe, daß die Ortskrankenkasse von der erfolglosen Aufnahme des Kassenmitgliedes in eine Zellhöfe erst nachträglich in Kenntnis gesetzt worden ist, daß das Kassenmitglied gar keinen Anspruch mehr an die Kasse habe, weil es abgemeldet sei und betrieblige Dinge mehr. Denjenigen Kassen, die ihre Verletzung durch einen Anwalt vornehmen lassen, entstehen durch diese Klagen viel Kosten, die doch vermieden werden könnten, wenn von der Landesversicherungsanstalt erst die Ansprüche eines Kassenmitgliedes an die Krankenkasse vor Eröffnung des Heilverfahrens festgestellt würden.

Die Einrichtung der Liebernahme des Heilverfahrens ist vom Gesetzgeber als eine edle Samaritanerthat gerühmt worden. Diefelbe bekommt aber durch die ständig wiederkehrenden Erhaltungskosten der Landesversicherungsanstalt einen besonders bitteren Beigeschmack, wenn zum so und so vielen Male festgestellt wird, daß die Erhaltungskosten der Landesversicherungsanstalt den Bestimmungen des Kassenstatuts der einzelnen Kasse widersprechen und daß die Landesversicherungsanstalt bei verhältnismäßig wenig Personen das Heilverfahren eröffnet, von denen sie weiß, daß sie Erhaltungskosten an eine Krankenkasse nicht mehr stellen können. Die Landesversicherungsanstalt sollte wie wiederholt ausgeführt ist, es weniger barack absehen, die in der heutigen Zeit so wie so arg überlasteten Ortskrankenkassen zur Zahlung der Verpflegungskosten heranzuziehen. Diefelbe sollte vielmehr ihre vornehmste Aufgabe darin erblicken, den allgemeinen Gesundheitszustand der arbeitenden Bevölkerung zu heben durch recht zahlreichere Liebernahme von Heil-

verfahren bei denjenigen Personen, bei denen Genesung noch zu erwarten ist.

Nach den bisherigen Erfahrungen ist die Landesversicherungsanstalt darauf bedacht, die in der heutigen Zeit des wirtschaftlichen Niederganges außerordentlich in Anspruch genommenen Ortskrankenkassen selbst in den zweifelhaftesten Fällen zur Zahlung der Erhaltungskosten zu verpflichten.

Die unendlich vielen Fälle von Streikkranken vor dem Bezirks-Ausschuß legen ein veredtes Zeugnis ab, daß hier etwas nicht in Ordnung ist. Die Ortskrankenkassen würden doch gut tun, durch eine gemeinschaftliche Beschwerde oder Eingabe an den Minister die zu weit gehenden Ansprüche der Landesversicherungsanstalt zu kennzeichnen, und auf eine vorherige Festsetzung der Ansprüche der erkrankten Kassenmitglieder an die Ortskrankenkasse zu dringen.

Es wirkt geradezu abstoßend, wenn zum so und so vielen Male gerichtlich festgestellt werden muß, daß zwei gleichgerichtete soziale Einrichtungen zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung sich wegen 100 bis 200 Mark Verpflegungskosten gegenseitig verklagen. Die hierbei verwendete Zeit sollte lieber zur gemeinamen Förderung der sozialen Einrichtungen verwendet werden, damit die Kassenmitglieder und Versicherten eher zu ihren Rechten kommen. Die Landesversicherungsanstalt hat die Verpflichtung, auch diejenigen in eine Zellhöfe aufzunehmen, die nicht Kassenmitglieder sind. Jeder der Versicherten, der Martern leidet, ist berechtigt zu fordern, daß das Heilverfahren, sofern überhaupt Aussicht auf Genesung vorhanden ist, bei ihm eröffnet werde. Die Landesversicherungsanstalt ist nicht berechtigt, ein Heilverfahren abzulehnen, auch die unteren Verwaltungsglieder sind dazu nicht berechtigt, Heilverfahren abzulehnen, wenn eine Kassenmitgliederschaft bei einer Orts- oder sonstigen Krankenkasse nicht vorliegt.

„Sozialdemokratische Ruppigkeit“ und „freistünne Vertheid“ übertroffen! Der Sauherdenton wird nirgends eifriger gepflegt, wie im Lager derer, die sich nicht genug über den „Sauherdenton“ entrüsten können. Sobald sie nur mal untereinander in Kräfte geraten — gleich gießen sie über einander die schmutzigsten Worte übereinander aus. Gestern war es der „General-Anzeiger“ gegen die Konfessionen, heute ist es die fremde „Schlesische Morgen-Zeitung“ des Pastors Ritschle gegen den „General-Anzeiger“ und die Nationalliberalen. Folgendermaßen legt der Pastor gegen die von der Breslauer Fraktion Drehscheibe los:

Run hat der Nationalliberale Wahlverein Breslau ein Flugblatt herausgegeben, das in seinem Teil, der von den Konfessionen handelt, die ruppige Kampfesweise der Sozialdemokraten und die perfide des Freistünns in einer Weise übertroffen, die verdient, allgemein bekannt zu werden. In dem Flugblatt heißt es: (Hier folgt nun die gepfefferte Abfertigung der Ritschle- und Stroßermänner durch die Nationalliberalen, die unsere Leser aus dem Flugblatt selbst kennen dürften.) Es verlohnt sich nicht, auf den Inhalt näher einzugehen. Jeder Satz ist eine Gemeinheit, wider besseres Wissen in gewöhnlicher Art in die Welt gesetzt. Auf welchem Bildungsniveau der Verfasser stehen muß, zeigt das auch im weiteren Verlauf des Flugblattes angewandte, längst abgebrauchte Verschen: „Nur die allergrößten Räuber — wählen ihren Metzger selber.“ Wir meinen: nur die allerelendesten Parteien wählen sich solche Leute zu Flugblattverfassern.

Um nun die ganze Bosheit loszuwerden, die sich in dem pastoralen Herzen mit der christlichen Liebe und Demut angesammelt, veröffentlicht er obendrein die Namen derer, die das paprizierte Flugblatt verbrochen haben. Unter diesen befinden sich allerdings eine ganze Reihe derjenigen Leute, die immerfort über unseren „gehässigen Ton“ Jeter und Mord schreien, weshalb auch wir diese Namen den weitesten Kreisen bekannt geben wollen:

- Professor Dr. Dr. Witte, Geheimrat Justizrat; Dr. Bujakowski, Rechtsanwalt; Professor Dr. Felix Dahn, Geh. Justizrat; Probst Bede, Kircheninspektor; D. Dülfer, Professor; Rechtsanwalt Dr. Friedensburg, Vorsitzender des Vereins der Nationalliberalen Jugend in Breslau; Georg Fuchs, Disponent; Grapow, Ober-Bahnassistent; Guth, Fabrikbesitzer; Dr. Jamitsch, Museumsdirektor; Jochmann, Oberlandesgerichtsrat; Dr. Kaufmann, Universitätsprofessor; Keller, Stadt. Rechnungsrat; Knabe, Rentner; Koch, Ober-Bahnassistent; Dr. Kochan, Oberlehrer; Paul Koerner, Fabrikbesitzer; Dr. Krebs, Gymnasialprofessor; Kubisa, Eisenbahnassistent; Lachmann, Regierungssekretär; Fiele, Taubstummen-Lehrer; Max Müller, Verlags-Buchhändler; H. Meyer, Oberlandesgerichtsrat, Geheimrat Justizrat; Nagel, Bergassessor a. D.; Paare, Ober-Bahnassistent; Peilich, Oberlehrer; Dr. Briedtlich, Verlagsbuchhändler; Professor Dr. Richter, Geheimrat Medizinrat; Dr. T. N. Richter, Oberlehrer; Küstler, Oberlehrer; Schwinge, Lehrer; Reichel, Justizrat; Walter, Gymnasiallehrer; Dr. S. Wendt, Stadtarchivar; Dr. Zeschke, Privatdozent; W. Kopf, Gymnasial-Professor.

Wir sind neugierig, was diese vornehmen Herrschaften auf den Vorwurf: „Die ruppige Kampfesweise der Sozialdemokratie und die perfide des Freistünns übertroffen zu haben,“ antworten werden.

Die Berufsgenossenschaft, die nicht zahlen will.

Ein Arbeiter war im Walde mit Holzhaue beschäftigt. Wenn das Holz gehauen ist, werden die Scheite aufgestapelt und aufgeschichtet. Bei dieser Verrichtung wird ein Wärmefeuher angezündet und bei diesem nehmen die Hauer ihre Mahlzeiten ein. Es war um die Vesperzeit, als Labude, so hieß der Arbeiter, beim Feuer sein Vesperbrot verzehrte und seinen Schnaps trank. Wahrscheinlich tat er das Guten zu viel, denn er wurde matt und schlief ein. Es kümmerte sich niemand um ihn. Das Feuer erlosch, seine Kleider und der arme Mensch verbrannte auf eine schreckliche Weise, er hatte fürchterliche Schmerzen anzusehen. Sein Rücken war überfüllt von Brandwunden. Man brachte den Unglücklichen ins Krankenhaus, wo er monatelang zubringen mußte. Ein Wunder ist es, daß dieser Mensch am Leben erhalten werden konnte. Er ist aber total arbeitsunfähig. Er will allemal weigert sich der Groß-Wartenberger Kreis-Ausschuß, dem so schwer Verunglückten eine Unfallrente zu zahlen. Labude hätte sich sein Unglück selbst zuzuziehen, es sei streng verboten, beim Holzhaue Branntwein zu trinken. Labude habe das Verbot übertreten und war sinnlos betrunken gewesen. Ein Betriebsunfall, sagt der Kreis-Ausschuß, liegt also nicht vor.

Labude kam nun bei der Landesversicherungsanstalt Schließen um die Invalidenrente ein und diese mußte ihm gewährt werden, da, wie gesagt, er vollständig erwerbsunfähig ist. Die Landesversicherungsanstalt hielt sich aber nicht für verpflichtet, jemandem Rente zu gewähren, dessen Invalidität durch Unfall herbeigeführt ist. Sie klagte deshalb gegen den Kreis-Ausschuß vor dem Breslauer Schiedsgericht mit dem Argument, anzuerkennen, daß Labude im Betriebe verunglückt und wenigstens 67 Prozent erwerbsbeschränkt sei. Der Kreis-Ausschuß blieb bei seiner Behauptung, daß zwar der Arbeiter Invalide sei, aber nicht durch einen Betriebsunfall. Nur die Landesversicherung ist verpflichtet, den Mann zu unterstützen, diese daagegen behauptet, es sei nicht erwiesen, daß der Arbeiter sinnlos betrunken war und der Arzt habe festgestellt, daß eine weniger betrunkenen Person einfallen und verbrochen könne — der Vorfall sei im Betriebe passiert und so habe die Berufsgenossenschaft die Unterstützung zu übernehmen.

Das Schiedsgericht entschied zu Gunsten der Landesversicherung. Es wurde angenommen, daß Labade um 10 Prozent, also total arbeitsfähig ist. Der Landesversicherungsanstalt müssen die bereits gezahlten Beiträge erstattet werden und sie ist von der Weiterzahlung befreit, da von nun an die Berufsgenossenschaft zahlen muß.

Die Zionisten in Breslau.

Am Dienstag wurde die Beratung fortgesetzt. Zunächst setzte Dr. Frankel einen Protest gegen eine gestern angenommene Resolution ein, betreffend die Stellung der Zionisten gegenüber anderen jüdischen Organisationsformen, der keinen Erfolg hatte. Sodann trat Herr Professor Weiburg aus Pulkau einen Vortrag über die Entwicklung des Stammlandes Palästina zu halten, aus dem zu ersehen war, daß sich das Land wirtschaftlich viel kulturell von Jahr zu Jahr immer mehr dem jüdischen Ideal nähert und daß auch die bisher oft verkannte Oelbaumspende allmählich immer reichlicher fließt, und sich in Palästina bereits in herrlichen Anpflanzungen realisiert hat. Im Verlaufe der Versammlung wurden infolge dieses anregenden Vortrages an Ort und Stelle 78 weitere Oelbaumspenden zu 78 Bäumen gezeichnet. Dann sprach Herr Dr. Schmarja Lewin, der hauptsächlich für die Gründung einer höheren jüdischen Schule in Palästina eintrat, um der jüdischen Jugend an historischer Stätte den Sinn für die heilige Tradition einzuimpfen und sie zu würdigen Lehren des Zionisten-Prinzips zu erziehen. Er fordert alle Zionisten zu intensiver Arbeit und zur persönlichen Agitation auf; um die erforderlichen Geldmittel aufzubringen zu können und diesen Wunsch bald in die Wirklichkeit umzuwandeln zu sehen. Er will als Wahlspruch aufstellen: „Palästina muß und wird unser werden“. Redner begründet den Spruch mit dem historischen Recht der Juden auf Palästina. Nachmittags wurde noch eine Reihe zionistischer Fragen erledigt.

Dienstag fand anlässlich des Zionistenlages in der „Neuen Börse“ eine große öffentliche Versammlung statt, die sich eines außerordentlich großen jüdischen Publikums erfreuen konnte. Die Zahl der Teilnehmenden betrug über 1000 geschätzt werden. Der Zweck der Versammlung war, die Bestrebungen der zionistischen Vereinigung der breiten Öffentlichkeit bekanntzugeben. Ansprache hielten der Präsident der zionistischen Vereinigung Rechtsanwalt Dr. Vodenheimer, Prof. Dr. Warburg, Berlin, Dr. Lewin-Charlottenburg, der früherer Dinnamitglied war.

Öffentliche Versammlung

Der Zionismus erzieht für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlichen rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina. Nicht alle Glaubensgenossen sollen zur Auswanderung in das verheißene Land veranlaßt werden, die Stätte sei für jene, die sich in ihren Heimatländern gedrückt und eingekerkert fühlen. Der Zionismus will seine Ziele vornehmlich erreichen durch

1. Zweckdienliche Förderung der Besiedelung Palästinas mit jüdischen Arbeiterbauern.
2. Gliederung und Zusammenfassung der gesamten Judenheit durch geeignete örtliche und allgemeine Veranstaltungen nach Maßgabe der Landesverhältnisse.
3. Stärkung des jüdischen Selbstglaubens und Selbstbewußtseins.
4. Vorbereitende Schritte zur Erlangung der Regierungsbestimmungen, die nötig sind, um das Ziel des Zionismus zu erreichen.

Dr. Vodenheimer verbreitete sich in großen Zügen über die große Mission, die der Zionismus durchzuführen gedenkt. Bei Gründung der Vereinigung habe sie gar heilige Kämpfe zu bestehen gehabt, gar viele Gegner sind ihr entgegen, die die Idee bekämpft oder gar verächtlich haben. Die Gründung eines jüdischen Staates in Palästina mit Erneuerung aller biblischen Traditionen habe etwas Realistisches an sich, entspreche nicht dem modernen Zeitgeist — sagten die einen — während andere Gegner den Plan als undurchführbar, als Utopie erklärten. — Allmählich sei es stiller geworden im Lager der Gegner, und immer mehr gewinne der Zionismus Anhänger. Ein Volk, das einen festen Willen befindet, das seine ganze Energie daran setzt, wird sicher das vorgestrichene Ziel erreichen. Man behaupte zwar, die Juden seien für ein Staatswesen nicht geeignet, aber habe das jüdische Reich nicht 2000 Jahre existiert, warum sollen die Juden nicht auch jetzt befähigt sein, zu einem Staatswesen? Der Redner schilderte im Verlauf seiner Ausführungen die schweren Bedrückungen der Juden, besonders der russischen und wies darauf hin, daß für alle Glaubensgenossen eine Heimstätte gegründet werden soll, wo zwar hart gearbeitet werden muß, wo aber nicht bloß geduldet, sondern geachtet wird, wo er sich nicht zu schämen braucht, als Jude zu gelten.

Professor Warburg, der längere Zeit in Palästina zurbracht, schilderte Palästinas Fruchtbarkeit; wohl sei das Land zur Kolonisation geeignet wie kein anderes, hier sollen die Juden ihre Hütten bauen — Landwirtschaft und auch Industrie verbreiteten sich dort immer mehr und ehe sich Latitudin dreißig machen, wie es den Anschein habe, sollen die Juden als natürliche Bewohner dieses Landes betrachtet werden. Der Delegierte für Transkaukasien, der mit energischen Worten die Breslauer Juden zum Anschluß an die Vereinigung aufforderte, bemerkte zum Schluß, die Juden werden kommen, denn sie müssen kommen. — Es sprachen sodann noch Dr. Lewin und Dr. Heinrich Löwen. Alle Redner ernteten stürmischen Beifall.

Der belehrtete Gemeindevorsteher in Tschansch.

Im benachbarten Klein-Tschansch findet Freitag, den 19. Juni, die Neuwahl zur Gemeindevertretung statt. So macht der Gemeindevorsteher bekannt. Wie unseren Lesern noch bekannt sein dürfte, war die erste Wahl am 18. März von unseren Genossen beanstandet worden, weil sich Wähler u. a., in Klein-Tschansch anfänglich sind, aber selbst nicht zur Wahl gingen, einfach (entgegen dem Gesetz) durch andere vertreten ließen. Der Einspruch wurde das erste Mal von dem Gemeindevorsteher zurückgewiesen mit der Motivierung, daß es in Klein-Tschansch „schon immer so gemacht“ worden wäre. Mit dieser gestrichelten Antwort gaben sich aber die Genossen nicht zufrieden. Inzwischen scheint der Landrat den Gemeindevorsteher entsprechend belehrt und angewiesen zu haben, nach dem Gesetz zu verfahren und nicht danach, wie man es „in Tschansch bisher immer gemacht“ hat.

Jedenfalls ist das ein erfreulicher Erfolg unserer dortigen Genossen und sie werden nunmehr hoffentlich am 19. Juni bei der Neuwahl ebenso zahlreich wie jetzt erst bei der Wahl der Wahlmänner antreten und dadurch die Wahl eines sozialdemokratischen Vertreters durchsetzen.

* Eine kleine Erleichterung für rentenberechtigter Arbeiter

Es ist häufig vorgekommen, daß städtische Arbeiter auf die ihnen nach dem Gemeindebeschlusse vom 7./12. Dezember 1899 zu zahlende städtische Rente lange Zeit warten mußten, da das Verlangen wegen Bewilligung der staatlichen Alters-, Invaliden- oder Unfallrente noch nicht erledigt war. Dies ist unstatthaft. Der Arbeiter kann dadurch in die größte Notlage kommen.

Sobald ein Arbeiter aus dem Dienste geschieden ist und die städtische Rente aus obigem Grunde noch nicht endgültig festgestellt werden kann, muß in jedem Falle auch ohne Antrag des Arbeiters sofort dafür gesorgt werden, daß der Arbeiter wenigstens durch Ge-

währung eines Vorschusses auf die städtische Rente die nötigsten Mittel zum Lebensunterhalt erhält.

Der Magistrat stellt demnach einen tatsächlichen Uebelstand ab, über den sich die Arbeiter schon öfter beklagten.

* Stadtmehrwahlversammlung. Die Sitzung der Stadtmehrwahlversammlung am Donnerstag, den 11. und 18. Juni dieses Jahres fallen aus.

Achtung, Taxen! Donnerstag, den 11. Juni, im Zimmer Nr. 2 des Generalstabskanzleis: Verammlung. Tagesordnung: Bericht über den Klebsextarif. Jeder Besucher erhält eine gute Broschüre gratis.

* Das schnelle Fahren an der Endstation hat wieder ein bedauerndes Opfer gefordert. Augenzeugen teilen uns darüber folgendes mit:

Am zweiten Feiertag, Nachmittags 8 1/2 Uhr, wurde zwischen Rospottstraße und Endstation der Elektrischen Straßenbahn auf der Matthesstraße ein kleiner Junge im Alter von vier Jahren von herbeifahren überfahren, wodurch er im Gesicht und den Händen schwer verletzt wurde; außerdem sind ihm an einem Fuße die Zehen abgequetscht worden. Die Eltern des Kindes waren fortgegangen und hatten daselbe der Obhut der Grobmutter überlassen, welche aber noch zwei kleinere Geschwister des verunglückten Knaben zu warten hatte.

Die Schuld trifft hier den Wagenführer, welcher sich bei dem Schutzmann damit entschuldigte, daß er „leichtig gefahren“ hätte.

Es wäre sehr anzusehen, wenn die Polizei dem folgenden Fahren an der Endstation entgegen treten würde. — Der Schutzmann wußte sich fast gar keinen Rat. Er riefte erst von dem ausfahrenden Trauen darauf hingewiesen werden, daß er mit dem Kinde zu einem Arzt zu gehen habe. Als man die alte Mutter herbeiführte, brach sie vor Schmerz ohnmächtig zusammen. Der Führer fuhr dann wieder weiter. Es ist geradezu unverständlich, wie ein solcher Unfall an einem Feiertag, wo die sehr freie Straße von Wagen doch verhältnismäßig wenig befahren wird, passieren kann. Der Mann muß wohl die Augen nur auf seiner Glode gehabt haben, welche übrigens in dieser Gegend recht unordentlich gehandhabt wird; das Laufen allein tut es nicht, fahren muß man können, und das können manche Führer von der Größeren Gesellschaft noch nicht.

* Eine Ladenbesitzerin erlitt in diesen Tagen in einer Kaufhölle in der aus einem Galante- und Spielwarengeschäft auf der Größerenstraße fortgesetzt worden. Bei einer Wandschmückung fand man in ihrer Wohnung eine Unmenge von Waren, die sie zwar aus verschiedenen Geschäften auf Abzahlung entnommen haben will, die aber als geliehenes Gut sich schon dadurch erweisen, daß die einzelnen Stücke in drei-, vier- und mehrfachen Anzahl vorhanden sind.

* Unfälle. Am 7. d. Mts. wurde auf dem Röhrlasplatz ein Glasermeister mit seiner Frau durch eine Equipage überfahren; während die Frau nur leichte Verletzungen davontrug, mußte der Mann, der am Fuße schwer verunruhigt worden war, ins Krankenhaus geschickt werden. In der Equipage saß ein Kaufmann, der das Weibchen zu einer Ausfahrt gemietet hatte. — Auf der Kleinen Wochengasse wurde am 7. d. Mts. ein neunjähriger Knabe von einem radfahrenden Blechschnecken überfahren und so schwer verletzt, daß er bedenklich liegen blieb und in ärztliche Behandlung gegeben werden mußte.

* Gefundene wurden: ein schwarzes Handtäschchen mit Inhalt, eine goldene Brosche in Halbmondform mit blauem Stein und weißen Perlen, ein Portemonnaie mit Inhalt, ein Gelbbrot von 17 Mts., eine Korallenbrosche, eine Tasche, ein Koffer, enthaltend alte Wäsche und Sachen und ein Buch „Geschichte des 51. Infanterie-Regiments“, ein dunkelgrauer Sommerüberzieher, ein schwarzer Koffer mit Inhalt, ein schwarzes Damenschirm, ein Schlüsselring mit sieben Schlüsseln, ein Maulkorb, ein Seehundberthäuschen, ein Pfandschein und eine Handtasche mit Inhalt.

* Verloren wurden: ein Damenschirm, eine goldene Brille, ein goldenes Medaillon, ein grünes Leinwandportemonnaie mit 20 Mts. Inhalt, ein gelbes Lederportemonnaie mit geringem Inhalt, ein dunkelblauer Umhang, eine silberne Remontoiruhr mit Ketten und Anhänger, ein Palet mit Herren- und Damenhandschuhen, ein Gebiß (Ober- und Unterkiefer) im Werte von 50 Mts., ein brauner zweirädriger Handwagen, eine goldene Denkmünze, eine silberne Remontoiruhr mit Goldband, ein braunes Lederhäutchen mit Kette, enthaltend ein Postenmännchen mit einem Spanischmännchen und Kleingeld, ein dunkelrotes Lederportemonnaie mit 17 Mts., eine Brosche (Eliennes Kreuz mit zwei Schwertern), ein Paar goldene Ohrringe (Kugelform mit Eisenblättern und anhängenden Schmucksteinen) im Werte von 180 Mts., eine goldene Damenohr-, eine Granat-Halskette mit Kreuz und ein kleines goldenes Damenportemonnaie mit 11,85 Mts. Inhalt.

* Unterschlagung. Ein Hausknecht auf der Karlsstraße erhielt am 4. von seinem Chef 30 Mts. zum Einlösen von Marken; er zog es vor, das Geld zu verjubeln, und am 6. wurde er trunken auf einer Promenadenbank vorgefunden.

Aus Schlesien und Posen.

Eine ober-schlesische Kulturfrage.

Zu den vielen noch zu lösenden Kulturfragen Oberschlesiens gehört als eine der wichtigsten die der Wassererversorgung. Es ist geradezu unbegreiflich, daß man es im ober-schlesischen Industriebezirk hat so weit kommen lassen, wie es nun seit mehreren Jahren gekommen ist — nämlich, daß ganze große Orte mit vielen zehntausenden Bewohnern im Sommer nicht fundentlang, sondern ganze Tage lang kein Trink- und Wirtschaftswasser haben.

Aus Beuthen, einer Stadt von weit über 60.000 Bewohnern — mit dem Vorort Kopsberg sogar über 80.000 — kommen in diesem Sommer wieder Tag für Tag die bittersten Klagen, wahre Verzweiflungsschreie über völligen Wassermangel. Nur mitten in der Nacht gibt die Wasserleitung einen spärlichen, jähendünnen Strahl und so entledigt sich allmählich in den Häusern ein gespenstiges Treiben: Notdürftig besetzte Gefäße hüpfen mit allen möglichen Gefäßen besetzt durch die dunklen Mohnräume, um, am Wasserhahn stundenlang mit himmlischer Geduld wartend, ein wenig von dem köstlichen Naß aufzufangen für die Bedürfnisse des kommenden Tages. Wehe dem, der diese gute Gelegenheit verläßt, er muß am nächsten Morgen auf das Wasser des Körpers, auf die Reinigung der Wohnung verzichten, er muß Sittenqualen des Durstes leiden, denn nirgendwo ist ein Kröpfen Wasser aufzutreiben.

Welche Gefahren für Gesundheit und Leben ein solcher Zustand tausenden Menschen verursacht, liegt auf der Hand. Die furchtbare Hitze der vergangenen Tage macht einen bedeutend höheren Verbrauch an Wasser sowohl im Hause wie auf den Straßen nötig, im Interesse des Wohlbestehens, der Gesundheit und der Sicherheit. Die Staubplage ist kaum irgendwo ärger, wie im ober-schlesischen Industriebezirk. Um aber den Wasserverbrauch herabzudrücken, ist angeordnet, daß nicht nur in den direkt nothleidenden Orten, sondern überall im Bezirk die Straßenbesprengung möglichst eingeschränkt werde. In weichen furchtbaren Folgen der Wasserarmut führen kann, wenn in den dichtbesiedelten Orten ein Feuer ausbricht — die Gefahr ist bei den zahlreichen Gehäusen dieses Frühsummers außerordentlich nahe — mag man sich gar nicht ausmalen. Wie man aber vorläufig der Katastrophe „abhilfe“, zeigt eine Mitteilung der „Ratholniger Zeitung“, die da lautet:

„Durch das energische Eingreifen des Regierungspräsidenten von Schwerin in Opposition ist die Wasserversorgung in ober-schlesischen Industriebezirk für jetzt etwas behoben worden. Landrat

Dr. Denz in Beuthen hatte am Donnerstag telegraphisch um Hilfe gebeten. Sofort hat sich Regierungsrath Präsident von Schwerin ebenfalls telegraphisch an die dem Kreis Ratholniger gehörige Wassergrube gewandt und diese angewiesen, das verfügbare Wasser der Stadt Beuthen und den Beuthen benachbarten Dörfern abzugeben. Das noch fehlende Wasser wird aus dem fiskalischen Adolfsbach gegeben.“

„Also das energische Eingreifen des Regierungspräsidenten brachte die Rettung! War die Hitze nicht so verheerend gewesen, man würde versucht, sie bezählig dumm zu nennen“, muß man da mit Schiller sagen. Wenn es nur daran gelegen hätte die Wassergrube zur Abgabe des verfügbaren Wassers anzuweisen, dann wäre es ja unerhört und unbegreiflich gewesen, damit so lange zu warten, es erst zu den geschloßenen Röhren kommen zu lassen, obwohl „verfügbares Wasser“ vorhanden war.

Die hier beachtliche Vorsehung für die Energie des Herrn Regierungspräsidenten schlug in Wahrheit dann in sehr scharfen Tadel um. Aber davon kann keine Rede sein, denn das, was genanntes Blatt als die besessene Rettung Beuthens und des ganzen Bezirks schildert, ist in der Tat der schon beständige Zustand. Beuthen bezog immer schon die Hauptmenge seines Wassers von der Wassergrube und das etwa fehlende Wasser vom fiskalischen Adolfsbach und die Tatsache, daß die Wassergrube eben nicht so viel Wasser liefern kann, wie erforderlich ist, ist die Ursache der Beuthener und anderer Wasserversorgung. Und bei allem Respekt vor dem mächtigen Regierungspräsidenten glauben wir doch nicht, daß die Quellen der Wassergrube sich durch das energische telegraphische Eingreifen dieses Herrn bestimmen lassen um mehr Wasser zu geben wie bisher.

Es ist in der „Volkswacht“ wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die rüstigste Lokale Kapitalistische Wasserkultur der Erbschaft die erste Ursache der Schieren Wasserkalamität Oberschlesiens ist. Man hat mit der Abhilfe viel zu lange gewartet, ist auch heute noch, obwohl die Gefahr von Jahr zu Jahr größer wird, noch nicht über die Auffassung eingetretene Projekte auf dem Papier hinausgekommen. Die Kostenfrage verursacht da viele Kopfschmerzen, die Gemeinden können nicht, der Staat will nicht zahlen. Da strebt denn schon wieder das profitgierige Privatkapital seine Fühler aus — es willert Waite, gewaltigen Gewinn, wenn es gelingt, die beteiligten Kommuner für die mit privatem Kapital zu schaffende zentrale Wasserversorgung auf viele Jahre hinaus tributpflichtig zu machen. Das ist ein Kapitel, welches benachteiligt einmal an dieser Stelle gebührend behandelt werden soll.

Ein schlesischer Schulpalast.

Ein Schulpalast eigener Art stand bis vor kurzem im historischen Vorde Beuthen, hart an der Friedhofmauer. Die Wände dieses jeder Beschreibung spottenden Bauwerkes waren aus Stein und Lehm; die innere Holzverkleidung der Wände war zum Schutze gegen Ralle mit Strohvolken unterlegt, die Doppel-fenster waren von außen vermauert, an eine regelmäßige Lüftung war also nicht zu denken. Das seit Jahren baufällige Gebäude, das von vielen Wandernern als ein Zeitgemäße der berühmten Schlacht angesehen wurde, in Wirklichkeit aber erst gegen hundert Jahre alt war, hätte wohl noch lange seinem Zwecke gedient, wenn nicht eine Genialität im Jahre 1871 unter der Beuthener Schuljugend den seit zwölf Jahren zwischen der Regierung und Patron geführten Unterhandlungen eine jähe Wendung zum Besseren gegeben hätte. Soweit mußte es erst kommen. Immerhin bleibt es, wie die „Pädagog. Bl.“ mit Recht hervorhebt, bemerkenswert, daß dieser „Vogelstanz“ bis ins 20. Jahrhundert hinein eine Stätte der Menschenbildung sein durfte.

Gar so bemerkenswert ist dieses Dokument preussischer Kultur denn doch nicht. In Preußen wird das Geld zu anderen Sachen nötiger gebraucht und — Kulturaufgaben leiden bekanntlich in Preußen nicht.

Schulzustände Oberschlesiens

waren im „Vorwärts“ (1906, Nr. 153 vom 7. Juli) erörtert worden in einer Zuschrift, die aus den Kreisen dortiger Lehrer zugegangen war. Gerügt wurde, daß im Kampf gegen die Polen die Schule gegen die Eltern mobil gemacht werde. Im Bezirk Oppeln habe die Regierung die Lehrer durch ein vertrauliches Zirkular angewiesen, den Schültern zu verbieten, an Festlichkeiten der Polen sich durch Deklamieren polnischer Gedichte oder in ähnlicher Weise zu beteiligen. Den Lehrern werde sogar zugemutet, im Wiederholungsfall die Kinder wegen Ungehorsams zu bestrafen. Das müsse, so hieß es in der von uns veröffentlichten Zuschrift, Erbitterung in den Herzen der Eltern und der Kinder hervorrufen. Hoffentlich würden aber unter den Lehrern nur wenige oder keine sich finden, die das Stodmeißeramt übernehmen. Im übrigen widerspreche die Verordnung auch den gesetzlichen Rechten der Eltern. Beklagt wurde sodann, daß den Lehrern selber, die dort alle das Deutschtum wirken sollen, durch kleinliche Maßnahmen würden die ihnen unterstellten Lehrer wie dumme Jungen behandelt, und besonders zeichne sich da der Kreis Schöpschulinspektors Sch. aus. In die Sch. hätte aus. Auch laufe die ganze Arbeit der Schule hinaus auf äußeren Drill. Wer den nicht mitmache, der bestehe bei den Rekrutanten nicht und werde dann geschnitten. Die Besoren selber hätten in der Volksschule nie oder nur selten unterrichtet, ihren Anordnungen dürfe aber auch von erfahrenen Lehrern, die 20 bis 40 Jahre im Schulleben stehen, nicht widerprochen werden. Wenn ein alter Lehrer das wage, so werde ihm sofort getreten, sich pensionieren zu lassen.

Erwähnt wurde in jener Zuschrift ein Kreis Sch. Inspektors Sch., hinterher mehrten sich aber zwei und meinten, daß sie beide durch die von uns veröffentlichte Kritik belehrt worden seien. Beide tragen allerdings Namen, die mit Sch. beginnen, der eine heißt Schwarz, der andere Doktor Schweringa. Wegen „öffentlicher Beleidigung“ der beiden Sch. hatte am Dienstag unser Genosse Redakteur Hans Weiburg sich vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I Berlin zu verantworten. Er erklärte, gemeint habe er nur Herrn Kreis Sch. Inspektors Schwarz. Daß nicht ein Dr. Sch. oder gar beide Sch. gemeint sein konnten, gehe ja schon aus dem Wortlaut hervor. Die Angaben, die jene Zuschrift über das Wirken Schwarzes gemacht habe, seien wahr. Durch ihre Veröffentlichung sei der Herr Sch. Inspektors nicht beleidigt worden; das Verfahren gegen Weiburg schwebt schon seit längerer Zeit; eine Entscheidung kam aber am Dienstag noch nicht zustande, weil Weiburg Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld, zur Führung des Wahrheitsbeweises noch die Vernehmung eines Lehrlers beantragte. Von ihnen solle bekundet werden, daß Sch. Inspektors Schwarze keinliche Maßnahmen getroffen habe, auf äußeren Drill der Kinder hingewirkt habe, die nicht gefälligen Lehrer durch kränkliche Bemerkungen herabgesetzt habe, bei geringen Vergehen Geldstrafen über sie verhängt habe, und so weiter. Der Gerichtsvorsitzende, Landgerichtsdirektor Lehmann, fragte, ob denn die nun fast schon zwei Jahre alte Angelegenheit noch weiter „verleitet“ werden solle. Gegen diesen Vorwurf wandte sich in scharfen Worten Rechtsanwalt Rosenfeld. Frühere Beweisanträge seien ihm abgelehnt worden, aber bei dem letzten Interesse, das die Beider Sch. Oberschlesiens im Hinblick auf das „Vorwärts“ des Kreis Sch. Inspektors Schwarz dem Vorgehen des „Vorwärts“ und dem Prozess entgegenbringe, gehe immer wieder ein neues Material ein. Jedenfalls müsse doch die Wahrheit ermittelt werden. Das sei aber nur möglich durch sorgfältige Ermittlung aller neuen Beweismittel. Das Gericht kam entgegen dem Wunsche des Staatsanwalts zu dem Beschluß, eine Vernehmung der als Zeugen vorgeschlagenen Lehrer und auch des Sch. Inspektors Schwarz sei erforderlich, demnach müsse die Sache vertagt werden. Landgerichtsdirektor Lehmann: „Ist die Sitzung mit dem Landrecht des Unwillens und Verdrusses darüber, daß immer wieder Lehrer sich an den „Vorwärts“ wenden und ihm ihre Beschwerden vorbringen. Ja, diese Lehrer!

Verhaftung, 9. Juni. Töblicher Unfall. Der Bier-
tischer Nachtgast von hier hatte in der Nähe des Dreiecker Gast-
hauses das Unglück, dadurch, daß ein Schieber des von ihm ge-
leiteten, mit einer Anzahl Risten beladenen Wagens sich löste, samt
den Risten herabzufallen. Er erhielt hierbei so schwere Ver-
letzungen, daß er starb. Der Verunglückte, welcher im Alter von
34 Jahren stand, hinterläßt Frau und vier kleine Kinder.

Neumarkt, 8. Juni. Beim Pferdeshwimmen er-
tranken. Im Döblicher See ertrank beim Pferdeshwimmen
der 73jährige Landwirt P. Wurst. Das Pferd, welches der Er-
trunkenen in die Schwemme ritt, war unruhig geworden und hatte
ihn abgeworfen. Da er ebenso wie der am Ufer stehende Knecht
des Schwimmens unfähig war, und nicht rechtzeitig Hilfe kam,
konnte er nicht gerettet werden. — **Blitzschlag.** Der Blitz schlug
in das Wohnhaus des Kräutereibesetzers Schneider auf dem Stein-
weg hier und grüdete. Durch rechtzeitig herbeigeeilte Blöschpfe konnte
das Feuer erstickt werden.

Biegen, 9. Juni. Seinen Verletzungen erliegen.
Im hiesigen Rädtischen Krankenhaus ist der Zugführer Hermann
Eck von hier, dem am Sonnabend, wie gemeldet, beim Aussteigen
auf einen in Bewegung befindlichen Güterzug beide Beine abgefahren
wurden, seinen Verletzungen erliegen. Der Tod des Verunglückten
ist noch am Sonnabend eingetreten.

Biegen, 9. Juni. Verhaftung eines flüchtigen
Postkutschens. Am zweiten Feiertage wurde hier auf dem Staats-
bahnhofe der 20 Jahre alte Postkutscher Karl Just aus Fürsten-
walde verhaftet. Derselbe hatte sich im Dienst in Fürstentum
verschiedene Veruntreuungen zu schulden kommen lassen und sich dann
nach hier gewandt. Die dortige Postbehörde hatte den Flüchtling
hierher abhakt. Bei seiner Ankunft konnten ihm verschiedene ver-
untreute Sachen abgenommen werden, ebenso bares Geld. Der
Flüchtling stammt aus Pichelsheim bei Dabelshardt.

Goldberg, 9. Juni. Schadenfeuer. In einem Seiten-
flügel des Kaufmanns Ulrichs Hauses, der zu einem photo-
graphischen Atelier ausgebaut ist, am Mittelringe, entzündete am
Sonnabend Vormittag zwischen 9 und 10 Uhr auf bisher un-
klar Weise Schadenfeuer. Derselbe wurde bald bemerkt und
durch Hausbewohner gelöscht, ehe es größere Ausdehnung annahm.
Durch die sich entwickelnde Hitze sprangen etwa 50 Fenster Scheiben
des Ateliers, das zurzeit unbenutzt ist.

Bunzlau, 9. Juni. Bei der Landtagswahl
wurden in der Stadt Bunzlau sozialdemokratische Wahlmänner
gewählt in der dritten Abteilung in den Bezirken 3, 5, 8, 9 und
10 je zwei, insgesamt also zehn sozialdemokratische Wahlmänner.
In den Bezirken 1, 2 und 4 gelangten unsere Wahlmänner in
Stichwahl mit den Liberalen, wobei die letzteren siegten. Die
Zahl der abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen in der Stadt
betrug 892. In Bunzlau-Land wurden noch sozialdemokratische
Wahlmänner gewählt in Kruschon-Looswitz einer mit
50 Stimmen. In der zweiten Abteilung erhielten wir eine Stimme.
In der dritten in Groß-Krauschon 37 Stimmen. Hier kamen
wir in Stichwahl, wobei wir mit 37 Stimmen unterlagen. In
der zweiten Abteilung in der dritten Abteilung zwei und in
der zweiten Abteilung zwei sozialdemokratische Wahlmänner aus
der Wahl hervord. In Tietzenfurt wurde ein sozialdemo-
kratischer Wahlmann in der zweiten Klasse gewählt. In We-
stau wurden in der zweiten Klasse zwei sozialdemokratische Wahl-
männer gewählt mit 14 Stimmen. In der dritten Abteilung
erhielt unser Wahlmann 26 Stimmen und wurde gewählt. In der
dritten Abteilung in Alt-Warthau erhielten wir 59 Stim-
men und bekamen zwei Wahlmänner durch. Eine Stimme wurde
in der zweiten Abteilung für uns abgegeben. In Kaumburg
betrug die Zahl der abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen 20.
In Löwenberg-Land wurde in Kadwitz ein sozial-
demokratischer Wahlmann mit 21 Stimmen in der dritten Ab-
teilung gewählt. In Plagowitz wurden für uns vier Stim-
men abgegeben und in Hirsitz sieben neun. In der Stadt
Löwenberg 34 sozialdemokratische Stimmen. Insgesamt
sind also 22 sozialdemokratische Wahlmänner im Wahlkreise ge-
wählt.

Gagan, 9. Juni. Groß-Feuer. Die hiesige Tuchfabrik
von W. Barthold u. Co. ist in der Nacht zum 1. Pfingstfeiertag
abgebrannt. Das Feuer war auf eine bis jetzt unangekündete
Weise in einem Woll- und Garnlageraume ausgebrochen und hatte
sich mit einer rapiden Schnelligkeit über den ersten Stock aus-
gebreitet. Ungefähr 10 Sekunden nach dem Ausbruch der
Feuer als Ursache anzunehmen. Obwohl die freiwillige Feuerwehr
alsbald tatkräftig eingriff, war es nur möglich, die Wände aus dem
Gefährdungsraum zu bergen und im übrigen sich auf die Erhaltung
des benachbarten Gasthofs „Zum Kronprinzen“ und des Kanonen-
Lagerhauses der Artillerie-Kaserne zu beschränken. Bei dem herrschen-
den Sturmwinde mußte man auch besondere Vorsichtsmaßregeln bei
den am rechtsseitigen Uferufer gelegenen Fabriken und den Häusern
des Dorches treffen, denn das Flammenmeer, brennende Woll- und
Tuchstücke, wurde vom Winde über den Döber hinaus bis weit
in die Altstadt hineingeführt. Sämtliche drei Stockwerke der Fabrik
brannten vollständig ab, nur das Kellerhaus blieb erhalten.
Sämtliche Maschinen und über 70 Webstühle
wurden total verunruhigt. Eine ganze Anzahl von Arbeitern
und Arbeiterinnen sind hinfällig geworden. — Der Schaden beträgt
300.000 Mk. und ist durch die Versicherung gedeckt.

Kohlfurt, 9. Juni. Verunglückt. Am Pfingstsonnabend-
morgen wurde in Kohlfurt (Dorf) der Schornsteinkehrermeister
der am Freitag auf Bahnhofs Kohlfurt und Dorf Kohlfurt seinen
Dienst verrichtet hatte, beim Absteigen von der Tonne liegen vor-
gefunden; er hatte am diesem Abend in der Schenke schlafen wollen
und ist vermutlich infolge eines Fehltritts durch die Türe abge-
stürzt. Der Verunglückte hat sich eine sehr schwere Schädelver-
letzung zugezogen und dürfte kaum mit dem Leben davonkommen.
Ob der bedauerliche Mann schon am Freitag Abend beim
Schlafensuchen hinfällig geworden ist, und demnach die ganze Nacht in
seiner hilflosen Lage zugebracht hat, weiß man nicht. Der Verun-
glückte wurde am Sonnabend Vormittag nach Görlitz ins Kranken-
haus gebracht.

Sirchberg, 9. Juni. Pfingstfeier und Pfingst-
verleht. Eigentlich wider Erwarten war das Wetter an den
beiden Pfingstfeiertagen sehr gut. Am ersten Feiertage zeigte es
lediglich hin und wieder, aber nicht viel, und am zweiten ging
ein kräftiger Wind. Am zweiten Feiertage war das Wetter still,
aber schön und eine herrliche Aussicht bot die Aussicht des
Gebirges. Der Verkehr war im Gebirge sehr still. Die letzten
Tage, insbesondere am Sonnabend, hatten alle landwirtschaftlichen
Lager, die alle gut besetzt waren. Aus Berlin kam ein sehr
langer, voller Sonntagszug. Jedenfalls war der Pfingstverkehr
diesmal viel stärker wie in den letzten Jahren.

Sirchberg, 9. Juni. Vom Gerüst gestürzt. Am
Dienstag Nachmittag stürzte infolge eines Fehltritts von einem Ge-
rüst in der Grenzbergerstraße ein Malergehilfe ab. Der Schwer-
verletzte fand Aufnahme im städtischen Krankenhaus.

Sabze, 8. Juni. Der Gemeindevorstand als Ge-
brecher. Freitag erhielt der Gemeindevorstand Sabze einen Brief,
in dem er aufgefordert wurde, am nächsten Tage unter einer bestimmten
Chiffre beim Postamt Sabze 10.000 Mk. zu hinterlegen, sonst würde
er am längsten gelebt haben. Er übergab dem Brief der Polizei.
Der Schalterhelfer erwiderte am nächsten Abend ein zweites
Mahn, welches nach einem Brief unter der Chiffre fragte. Er
wurde von dem Kriminalkommissar Weick, der als Postkutscher
den Schalterhelfer verhaftet, verhaftet. Bei der Verhaftung seiner Per-
sonalien erwiderte er sich als der Gemeindevorstand Sabze
Sabze. D. H. Müllers, 24 Jahre alt und seit dem
1. Januar 1907 bei der Gemeinde angestellt.

Sachsen, 10. Juni. Der Staat ist gerettet. Dem
hiesigen polnischen Generalrat, der am ersten Pfingstfeiertag in

vom Polizeipräsidenten die Abhaltung der Feier untersagt worden,
da — wie es in dem Schreiben an den Vorsitzenden Herrn
R. Barwick heißt — „unter dem gegenwärtigen gespannten Ver-
hältnissen, die jetzt unbestreitbar im Osten des Reiches herrschen, die
geplante Veranstaltung nur noch zu einer Vermehrung derselben be-
tragen würde.“ — Auch eine „Veränderung“.
Aus Gnesen wird ebenfalls über eine große Staats-
rettung berichtet: Hier wurden gegen 4000 polnische Lieber-
händler am Sonnabend wegen ihres aufstrebenden Inhalts in einer
bessigen Druckerei beschlagnahmt; der Wert der Bücher be-
trug sich auf etwa 8000 Mark. — Wenn jetzt die Polen nicht klein
werden, dann sieht nichts mehr.

Schönau, 9. Juni. Lebendig verbrannt. Am
Sonnabend fanden die Adersbühler Schmugglerleute ihre
Mittlerin, die 68jährige Witwe Friedel, tot und mit Brandwunden
überdeckt in deren Zimmer auf. Es scheint, als ob die Kleider der
seit längerer Zeit leidenden und gelähmten Frau bei dem Anzünden
von Handbügeln, wozu man eine Menge ausgebreitet vorband,
Feuer gefaßt haben und die Frau dabei vor Schreck einen Herzschlag
erlitt. Heute war der Staatsanwalt aus Schneidemühl an Ort und
Stelle anwesend. Die Leiche ist vorläufig beschlagnahmt worden, ob-
wohl es als ausgeschlossen erscheint, daß hier ein Verbrechen vorliegt.

Aus den Gerichtssälen.

Bürgermeisters-Tochter Grete Veier vor Gericht.
Wegen die Bürgermeisters-Tochter Grete Veier aus Brand,
die bekanntlich seit Mai vorigen Jahres unter dem Verdacht, ihren
Bräutigam, den Chemiker Oberingenieur Preßler, ermordet zu
haben, in Untersuchungshaft sitzt, wird seit Donnerstag vor der
Strafkammer in Freiberg i. S. wegen Abreibung, schweren Dieb-
stahls, Urkundenfälschung und wegen Aufforderung zur Begehung
eines Verbrechens verhandelt. Grete Veiers Tat erregte
unterzeit großes Aufsehen und Entsetzen. Um sich in den Be-
seizenen des Preßlerschen Vermögens zu setzen, empfing sie ihn eines
schönen Tages mit den Worten: „Ich habe Dir etwas mitge-
bracht, Schatz!“ und auf die Frage Preßlers: „Na, was denn?“
antwortete sie: „Ja, Du mußt Dir die Augen verbinden lassen
und den Mund öffnen!“ und dann schab sie ihm den Revolver
zwischen die Zähne und drückte ab. Bald nach der Ermordung
Preßlers wurde festgestellt, daß Grete Veier zu der gleichen Zeit,
in der sie mit dem Getöteten verlobt war, ein Liebesverhältnis
mit dem Kaufmann Werker von der Glashütte Sagan unter-
halten hatte. Die Folgen dieses Verkehrs waren zwei Fehlgeburten, die
hiedurch verbredliche Verhältnisse herbeigeführt sein sollen und we-
den durch verbredliche Verhältnisse heute zu verantworten hat. Werker
an deren sich Grete Veier heute zu verantworten hat. Werker
selbst hat in der Zeit vom Oktober 1904 bis Juli 1905, um
die Kosten des stöckigen Lebens mit Grete Veier bestreiten zu kö-
nen, Urkundenfälschungen begangen und wurde deswegen schon vor-
her, nach längerer Zeit vom Freiburger Landgericht zu 2 Jahren Gefängnis
verurteilt. Die Mutter der Grete Veier hatte sich im Be-
trug dieses Jahres wegen des Verbrechens der Verleitung zum
Meinid zu verantworten. Sie versuchte, eine Witwe Neuter in
den jehigen wegen Diebstahls und schwerer Urkundenfälschung
gegen ihre Tochter anhängigen Strafsachen zu einer falschen Aus-
sage zu bewegen und wurde dafür zu 2 Jahren Zuchthaus und
den üblichen Nebenstrafen verurteilt.

Was den Vater Grete Veiers, den Bürgermeister Veier von
Brand, anlangt, so hatte er sich aus den ärmlichsten Verhältnissen
emporgearbeitet. Er war zuerst Stadtkassierer und später Ver-
walter der städtischen Sparkasse zu Brand, bis ihn das Ver-
trauen der städtischen Sparkasse auf den Bürgermeisterstuhl berief.
Er erstreute sich allgemeiner Beliebtheit, zumal es ihm gelungen
war, zum Erlaß für den niederliegenden Bergbau Industrie
zu wirken und die Niederlassung in Brand zu veranlassen. Nur eine
dunkle Stelle gab es in seinem Leben. Er sollte in früheren
Jahren mit mehreren Frauen in intimer Verlehr gestanden ha-
ben, und als eine dieser Frauen öffentlich gegen ihn auftrat,
kam es zu einem Prozeß, in dem der Bürgermeister jeden außer-
ehelichen Verlehr unter seinem Eide bestritt. Daraufhin wurde
die Frau wegen Falschbeweis verurteilt, legte aber Berufung ein.
In der Berufungsverhandlung sprach selbst der Staatsanwalt
seine Überzeugung dahin aus, daß der Bürgermeister in der
ersten Instanz einen Meineid geschworen haben müsse. Veier
selbst war eine Woche vor der Berufungsverhandlung gestorben
und hinterließ seiner Familie ein Vermögen von 60.000 Mark.
Die Höhe dieser Hinterlassenschaft machte die Behörden stutzig.
Aun lebte im Weierschen Hause ein alter entfernter Verwandter,
der Armenhausverwalter Kröner. Er starb kurz nach dem Tode
des Weierschen und hinterließ ein Testament Grete Veier zur Un-
terstützung ein. Dieses Testament vererbte den bereits vorhande-
nen Verdacht, daß hier etwas Nichts in Ordnung sein mußte.
Und nun kam der plötzliche Tod Preßlers, der ebenfalls sein
Testament hinterließ, das ausschließlich Grete Veier bebaht hat.
Ein Bruder Preßlers, ein Rechtsanwalt aus Leipzig, sah sich
das Testament etwas näher an und äußerte lebhaften Zweifel
an seiner Richtigkeit. Grete Veier wurde daraufhin in Haft ge-
nommen und gelang ein, das Testament gefälscht zu haben. Von
dem Verleumdung die Behörde erst später Kenntnis, und zwar
durch die eigene Unberücksichtigung der Grete Veier die durch Krö-
ner mit der in Untersuchungshaft sitzenden Mutter und dem Lieb-
haber Werker begangen wurde.

Die Urkundenfälschung die sich Grete Veier hat zuschulden
kommen lassen, wird in der Fälschung des Testaments geschul-
den. Um die Preßlersche Handschrift in dem von ihr gefälschten
Testament einwandfrei erscheinen zu lassen, soll sie sämtliche Briefe,
die sie von Preßler erhalten hatte, abgeschrieben haben. Auf
diese Weise gelang ihr zunächst die Fälschung. Weiter soll sie sich
ein dem Armenhausverwalter Kröner gehöriges Spartaßbuch
unberücksichtigt angeeignet und den Betrag in Höhe von rund 4000
Mark abgehoben haben. Schließlich soll sie aus der Untersu-
chung heraus ihren Geliebten Werker veranlaßt haben, den
Kröner zu ermorden, um so zu verhindern, daß dieser Diebstahl
an das Tageslicht kommt.

Außer der Hauptangeklagten haben sich noch die Bekannte
Kunze wegen Begünstigung und Diebstahl, und der Kaufmann
Werker wegen Beihilfe zu verantworten. Nach beinahe drei-
wägiger Verhandlung, die erst ein Vorspiel zu dem eigent-
lich nachfolgenden Hauptprozeß gewesen ist, verurteilte der Gerichts-
hof nach 1½ stündiger Beratung die Angeklagte Grete Veier unter
Zuführung von der Anlage der Testamentsfälschung wegen
schweren Diebstahls, einer schweren Aufforderung zur Begehung
eines Verbrechens, sowie wegen erfolgloser Aufforderung zur Begehung
eines Verbrechens des Mordes zu fünf Jahren Zuchthaus und acht
Jahren Ehrverlust, die Angeklagte Kunze
wegen Beihilfe zum schweren Diebstahl und Begünstigung in
zwei Fällen zu einem Jahre und neun Monaten Gefängnis, den
Angeklagten Werker zusätzlich zu der wegen Urkundenfälschung
erhaltenen zweijährigen Gefängnisstrafe wegen Beihilfe zu wei-
teren vier Monaten Gefängnis. Der Angeklagte Veier wurden
zwei Monate durch die Untersuchungshaft als verbüßt ange-
rechnet. Außerdem wurde die Zulässigkeit der Polizeiaufsicht
ausgesprochen.

In der Urteilsbegründung wird das höchst bemerkliche,
mit großen Raffinement ausgeführte Schreiben der Angeklagten
Veier, die keinerlei Reue zeigte, sondern noch in weitgehender
Weise befreit war, Unschuldige in die Sache mit zu ver-
wickeln, mit scharfen Worten gebührend. Straferhöhend
fiel auch die Abmachung ihrem Bräutigam Preßler gegenüber
ins Gewicht, dem sie das Leben genommen hat. Die Auffor-
derung zur Begehung des Mordes war nach Ansicht des Gerichts
ernst gemeint. Die Straftat habe eine um so schwerere Kon-
sequenz verdient, als sie aus der Untersuchungshaft heraus zu
einer Zeit gegeben war, wo kurz vorher die Angeklagte einen
Mord begangen hatte.

Sie machen grosse Augen



Bu.P. und fragen sich, wie ist es möglich? dass die
Orkan-Fahrräder, Fahrradteile-Fabrik
und Nähmaschinen-Industrie von
Bernh. Wedler, Breslau VIII, Klosterstrasse 15
solch enormen Vorteile bieten kann. — Der jährliche Umsatz von
5500 Fahrrädern und Nähmaschinen übertrifft wohl der beste Re-
kurrenz-Fabrik der Original-Orkan-70 80 bis 100
mit Doppelglockenlager, 53 Fahreräder 70 100
guten Pneumatika Mk. 2.50, 3.00, 3.00, 4.00.
Nähmaschinen
5 Jahre Garantie. 2524
Deutsche Singer Mk. 45, 50, 55 bis 65.
Original-Schwingschiffchen (Schnell-
näher) Mk. 65 u. 75.

Hämme!



Reisierhämme	10 Pfg.	bis 1,50 Mk.
Staubhämme	10	1,00
Rinderhämme	10	0,60
Seitenhämme	5	1,00

Alle Arten **Haarhämme** für Frauen
und Mädchen: Vorstößhämme, Haar-
gabeln, Fagen-Vorstößhämme, Pfeile
und Spangen, immer neueste Formen.
Kopfbürsten, Taschenbürsten, Kleider-
bürsten und Zahnbürsten.
Alle Arten **Haar- und Taschenspiegel**.
Hosenträger
bekannt, nur dauerhafte prakt. Arten,
für Herren 25 Pfg. bis 3,00 Mk.
- Knaben 10 - 1,50
- Knaben von 1 Mk. bis 5 Mk.

Vorhemden

2545
für Herren 50 Pfg. bis 6 Mk., für Damen elegante geierliche
Formen oder auch gewöhnliche einfache Sorten.
Sandtaschen, kleine Spazierformen bis zur groß. Reifeltasche.
Herren Zigarrentaschen und Brieftaschen.
Marktaschen in Stoff und Leder, alle Größen.

Uhrketten

prachtige Fassons, neueste Formen,
für Knaben 25 Pfg. bis 1,50 Mk.
- Herren 50 - 6,00
- Damen 50 - 9,00
Reife Auswahl. — Bekannt billigste, beste Preise.

Alfred Scholz, Kupferschmiedestr. 1.
Für Wiederverkäufer extra im Engros-Lager:
Albäckerstraße 29. — Telefon 2204.



Joseph Scholz

Cigaretten

Anerkannt feinste Marken.

Dr. med. Fackelmann's Heilstätte
für
Beinkranke,
Breslau, Taschenstr. 22, 1.
Kompressionsbehandlung ohne Bettruhe, bei Bein-
geschwüren, Venenentzündung, Krampfadern, Platt-
fußbeschwerden, Flechten, Gelenkleiden etc.
Sprechstunden: 9-12 Uhr vorm. u. 3-6 Uhr nachm.
Leitender Arzt: **Dr. med. Weiss.** Prospekte gratis.

„Die Gleichheit“

Erscheint alle 14 Tage.
Preis pro Nummer 10 Pfg.
Zu haben in der Expedition und bei den Solporturen.

